

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 10.

Berlin, den 5. März 1911.

12. Jahrgang.

Kollegen! Das Frühjahr ist die günstigste Zeit zur Agitation. Sie muß daher allerorts aufgenommen und mit Eifer durchgeführt werden. Die 50000 Mitglieder müssen wir so schnell wie möglich erreichen. Darum auf zur Tat!

Das deutsche Tiefbaugewerbe.*)

III.

Arbeiter- und Organisationsverhältnisse.

Die Arbeiterverhältnisse im Tiefbaugewerbe sind außerordentlich interessant und lehrreich. Ein Konglomerat von Nationalitäten, Berufen und sittlichen Schichtungen, die alle Unterkunft in ihm suchen und auch finden, vorübergehend und auch dauernd. Irgend-eine Vorbildung ist ja nicht erforderlich, es kommt nur auf die Hände an. Alle Schäden der modernen zügellosen Freiheit in unserem Wirtschaftsleben treten hier zutage.

Gelernte Arbeiter kommen im Tiefbau fast nur bei Kunstbauten in Betracht, durch die Betonindustrie werden sie auch hier immer mehr entbehrlicher. Die Ungelernten, deren Individualität in einzelnen Verrichtungen durch die Vermehrung und Verbodkommung der Arbeitsmaschinen immer mehr eingebremst wird, teilt Dr. Kühner auf Grund seiner Studien beim Bau des Elb-Trabe-Kanals in vier Kategorien ein: Strome, Arbeitslose, berufsmäßige Kanalarbeiter und Einheimische. Erstere sehen sich zusammen aus den minderwertigen, veränderungsfähigen Elementen der Landstraße, verkrachten Existenzen und Abenteurern, arbeitscheuen Burschen mit wildbewegter Vergangenheit und dem Drunk ergeben, entlassenen Sträflingen und Zuchthauslern und solchen, die entweder ihre Papiere wieder notdürftig in Ordnung bringen wollen oder Veranlassung haben, irgendwo unterzutauchen, um einige Zeit später unter falschem Namen und mit gestohlenen Papieren ihre alte Laufbahn wieder aufzunehmen. Dazu kommen Arbeitslose aus allen Berufen, Handwerker, Schreiber Selbständige, die Bankrott gemacht haben, usw.

Die wirklichen berufsmäßigen Tiefbauarbeiter stammen aus industriearmen Gegenden, meistens aus dem Osten Deutschlands, die regelmäßig im Frühjahr aus der Heimat abreisen, um irgendwo bei einem Tiefbau den Sommer über zu arbeiten und im Herbst wieder nach Hause zurückzukehren. Sie sind sparsam, anspruchslos und unverwehlich, die sich für die schwere, ungesunde Arbeit besonders eignen und das traurige Barackenleben geduldig ertragen. Ihr ganzes Streben ist darauf gerichtet, sich durch Ersparung eines kleinen Kapitals in der Heimat ankaufen zu können, daselbst ein eigenes Häuschen und Land zu besitzen. Die vierte Gruppe setzt sich aus Einheimischen zusammen, die bei sich bietender Gelegenheit vorübergehend im Tiefbau Arbeit nehmen, mag es aus Arbeitslosigkeit sein oder um den günstigen Nebenverdienst mitzunehmen.

Dazu kommen nun noch die Ausländer, 10 Prozent aller in Deutschland beschäftigten Tiefbauarbeiter. Der größte Teil davon sind Polen, es folgen dann die Italiener, Holländer, Steiermärker, Kroaten, Galizier, Tschechen usw. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die verdorbenen Elemente im Tiefbaugewerbe und die vielfach auf einer niederen Kulturstufe stehenden Ausländer eine Gefahr für den soliden und für die in unverschuldete Not geratenen deutschen Arbeiter bilden, und manchen mit in den verderbenbringenden Strudel hinabziehen.

Eine materielle Schädigung der deutschen Arbeiter durch die Ausländer nimmt Dr. Klein nicht an, da deren Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte nur bei tiefstehender Konkurrenz fühlbar würde, staatliche und gemeindliche Behörden aber hier schon mehrfach eingegriffen hätten, um den Einheimischen die Zuerstbeschäftigung zu sichern. Bei guter Konjunktur strömten die deutschen Arbeiter der Industrie zu, wodurch der Tiefbau Arbeitsmangel erleide, den er nur durch die Ausländer decken könne. Es ist richtig, daß die deutschen Arbeiter die Beschäftigung in der Industrie vorziehen, schon aus dem Grunde einer ständigeren Arbeitsgelegenheit, auch weil diese Arbeit nicht immer so schwer und ungesund wie die des Tiefbaugewerbes ist. Da sie zudem anfällig sind, können

sie den in abgelegenen Gegenden notwendigen Tiefbauarbeiten nicht gut folgen. Weiter sagt Dr. K., daß die ausländischen Arbeiter den Unternehmern keineswegs billiger zustehen kämen, im Gegenteil! Ihre Beschaffung und Versorgung erfordere Ausgaben, die bei den deutschen Arbeitern wegfielen, sie erhielten die gleichen Löhne wie diese, ja mitunter sogar noch höhere. Trotzdem ist eine Schädigung der deutschen Arbeiter durch die Ausländer wohl kaum von der Hand zu weisen. Vielfach werden Ausländer von den Unternehmern bevorzugt, wodurch der örtliche Arbeitsmarkt überlastet wird. Wo sie höhere Löhne erhalten, geschieht es nicht selten, um mit einer verhältnismäßig kleinen Zahl besser Entlohnten die übrigen Arbeiter um so tiefer in den Löhnen zu halten. Da sie ferner für Organisation außerordentlich schwer zu gewinnen sind, verhindern sie eine wirksame Interessenvertretung der deutschen Tiefbauarbeiter, verhindern eine Konsolidierung der Verhältnisse im Tiefbau überhaupt. Um die Schäden auf sittlichem und moralischem Gebiet zu beseitigen, und allgemein günstigere Verhältnisse im Tiefbaugewerbe herbeizuführen, damit auch wieder mehr deutsche Arbeiter sich ihm zuwenden, dazu bedarf es einer starken, lebensfähigen Organisation. Wie sich diese Verhältnisse im Hochbau bei den ungelerten Arbeitern durch die Organisation ganz bedeutend gebessert haben, ebenso würde es wohl auch hier gehen. Daß die großen Firmen einen Arbeiterpark, und da kommen die Ausländer hauptsächlich mit in Betracht, den sie mit leichter Mühe nach den entlegensten Gebieten werfen können, der damit vielleicht auch ständiger wird, vorziehen, ist ja zu verstehen. Aber es ist doch die Frage, ob sich nicht durch einen besseren Ausbau der Arbeitsnachweise ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Gegenden und Orten herbeiführen ließe. Das würde erst recht von Bedeutung, wenn ein zentralisierter Arbeitsnachweis im Tiefbaugewerbe für ganz Deutschland, den wir uns allerdings nur paritätisch denken, geschaffen würde, der sich dieser Aufgabe unterzöge. Durch einen Auswechsel der Arbeiter bei Vollendung einer Arbeit durch die eine Firma und Beginn durch die andere in verwandten Gegenden könnten sogar die Eigenkosten beträchtlich vermindert werden, das Personal bliebe geschulter und würde ständiger im Gewerbe, würde außerdem nicht so bunt vom Osten nach dem Westen usw. umhergewürfelt.

Die Organisationsverhältnisse der Arbeiter im Tiefbaugewerbe sind infolge ihrer im Vorstehenden geschilderten Zusammensetzung schlecht, sie zu bessern ist ungemein schwierig. Das stark fluktuierende Element, die oft wechselnden Arbeitsstellen verhindern die Bildung von festen Beständen. In der Umgebung der Städte jedoch, wo außerdem die Verbindung zwischen Hoch- und Tiefbau eine innigere ist, sind auch die Tiefbauarbeiter schon zu einem erheblichen Teil organisiert. Es passiert auch, daß die Regierung den ausländischen Arbeitern, wenn diese gemeinsam mit ihren deutschen Arbeitskameraden von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen, Schwierigkeiten bereitet, ihnen mit der Ausweisung droht. Daß die unorganisierten Tiefbauarbeiter infolge des stets herrschenden Arbeitsmangels wirtschaftlich nicht schwächer sein sollen, wie ihre organisierten Berufskollegen, kann nicht zutreffen, da eine tarifliche Festlegung ihrer Arbeitsbedingungen infolge des fehlenden Vertragskontrahenten unmöglich ist, jede schlechte Konjunktur ihnen aber die Erlöse einer guten Konjunktur oder eines wilden Putzsches jederzeit aus der Hand schlagen kann. Die Organisation der Tiefbauarbeiter muß daher trotz aller Schwierigkeiten in die Hand genommen und durchgeführt werden. Und die deutschen Arbeiter haben ja schon so manche Probe ihrer Organisationskunst geliefert. Es muß auch hier gelingen.

Was heut nicht geschieht, ist morgen nicht getan,
Und keinen Tag soll man verpassen:
Das Mögliche soll der Entschluß
Beherzt sogleich beim Schopfe fassen. Goethe.

Getreue Vasallen.

„Selbstgefällige, strahlende, selbstlichere Borniertheit.“ Es ist nicht lange her, nur einige Jahre hinter uns, als Rosa Luxemburg den „freien“ Gewerkschaftsführern diese Bezeichnung an den Kopf warf. Damit nicht genug! Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Geher schrieb von den „verschumpften, bürokratischen Gewerkschaftsführern“, denen einmal die „Maske“ gelüftet werden müsse. Vom „gewerkschaftlichen Sumpf, Feigheit der Führer, verschumpften Kreaturen im Gewerkschaftshaus“ war die Rede. Es war ein ganz tolles Treiben gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, und gewiß mit Recht beklagten sie sich über diese „Fußtritte ins Kreuz“ (Geheimprotokoll der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände S. 4.). Es waren bittere Klagen! Waren sie doch allezeit getreue Vasallen gewesen, hatten der soz. Partei Dienste geleistet, die Gewerkschaften in unehelichster Weise für sie mißbraucht und dadurch gegnerische Organisationen auf den Plan gerufen, gegen welche sie sich nunmehr mit großen Opfern wehren mußten. Sie hatten die roten Wahlklassen aus Gewerkschaftsgelbern gespickt, und die Verbandsorgane ihrer angeblich „neutralen Organisation“ zu sozialdemokratischen Parteiorganen degradiert. Trotzdem die „Fußtritte ins Kreuz“.

Diese persönliche Verunglimpfung der getreuen Vasallen in Person sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer hatte auch einen sachlichen Hintergrund. So erklärte Bringmann auf genannter Geheimkonferenz:

„Wir wollen die Lage der Arbeiter verbessern, wenn uns aber die Parteiführer in solcher Weise in den Weg treten, dann geht es nicht.“ (Geheimprotokoll S. 72.)

Als ob sich die sozialdemokratischen Parteiführer daran störten. Für sie kam die „freie“ Gewerkschaftsbewegung von jeher nur soweit in Betracht, als sie Bütteldienste für die Partei leistete. Noch in den neunziger Jahren sprach Bebel auf einem Parteitag von dem weichen Kehrichthaufen der Gewerkschaften, und schon damals beklagte sich ein Gewerkschaftsführer über die Guillotine, die der Parteitag für die Gewerkschaften errichtet habe. Zu jener Zeit fürchteten die Parteiführer eine Vertwägung des Klassenkampfes durch die Gewerkschaften und ein Hinabschieben des Eintritts der Bebelischen Prophezeiung vom Zukunftsstaate. Waren doch Männer darunter, die eine Lebensversicherung für absolut überflüssig hielten, da sie den Zukunftsstaat in allernächster Nähe glaubten. Diesen glücklichen Menschen war er näher, wie den heutigen Sozialdemokraten.

In der Mitte des vergangenen Jahrzehnts schlugen Maifeier und Generalstreik hohe Wogen. Weil hier „freie“ Gewerkschaftsführer sich erkühnten, auf die gewaltige Schädigung der Gewerkschaftsinteressen durch die Partei hinzuweisen und den Generalstreik für Generalfusionen erklärten, dafür bekamen sie nun klaffende Giebel aufs Dach. Wie konnten sie es auch wagen, gegen den Parteistachel zu löcken. Das war „selbstgefällige, strahlende, selbstlichere Borniertheit“. Die Parteiinteressen erforderten, daß die Gewerkschaften nicht nur in den allgemeinen Rummel von Generalstreik und Maifeier einstimmten, sondern daß sie auch die nötigen Gelder dafür bereit stellten, falls der Partei es einfallen sollte, einen dahingehenden Beschluß zu fassen. Und nun, wo sie sich nicht fügen wollten, hieß es:

„Seht, das sind diese vollgefressenen Kerle, mit denen müßt ihr euch auseinandersetzen.“ (Geheimprotokoll S. 40.)

„Mistkübel“ wurden nach ihrer eigenen Aussage infolge ihrer Haltung über sie gegossen. Die Führung in diesem Kampf hatten der „Vorwärts“, die „Leipziger Volkszeitung“ und dann eine Anzahl ausländischer „Genossen“ und „Genossinnen“ (Rosa Luxemburg). Diese gossen die „Mistkübel“ über die deutschen Gewerkschaftsführer. Und die Krone von allem bildete, daß sie das von der sogenannten Streikbrecherredaktion des „Vorwärts“ hinhinnehmen mußten, die sich nach dem alten gewerkschaftlichen Grundregeln ins Gesicht schlagenden Hinauswurf der „eblen Sech“ dennoch zusammensand und deren Erbe antrat. Darunter solche, die noch kurz vorher aus Anlaß des Bergarbeiterkampfes in elendester Weise über einige „freie“ Gewerkschaftskapazitäten hergefallen waren. Gerade sie wurden für würdig befunden, in das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei einzutreten, und diese Streikbrecherredaktion warf sich nun zum unerbittlichen Lehrer und Richter über die Gewerkschaftsführer auf.

Die sozialdemokratische Niederlage bei der Reichstagswahl 1907 wirkte ernüchternd und brachte den „freien“ Gewerkschaftsführern Luft. Die Verminderung der sozialdemokratischen Reichstagsmandate von 72 auf 41 wirkte wie eine kalte Dusche. In dieser Zeit durften die „freien“ Gewerkschaften ziemlich ungestört für den höheren Ruhm der Partei tätig sein, selbst müßte sie sich zu ohnmächtig dazu. Kaum jedoch drehte sich das politische Bild, kaum waren einige Siege bei den Nachwahlen

*) Entwicklungs-, Arbeiter- und Marktverhältnisse des Tiefbaugewerbes von Dipl.-Ing. Dr. phil. Friedrich Klein, Verlag von W. Krayn, Berlin W., Preis 2,50 Mk.

errangen, sofort gab es wieder Stockschläge über den Magen. Die Gewerkschaften müßten sich wehren gegen den Papstbescheid, der ihre Tätigkeit als Sisyphusarbeit, also als vergebliche Arbeit, hinstellt, mit größtem Ungeheuer. Pannetloek stellte die Gewerkschaftsführer wieder als die „vollgefressenen Kerle“, als „Unteroffiziere“ hin, deren „revolutionäre Gesinnung allmählich einer bürgerlichen Lebensauffassung“ weiche. In Magdeburg fiel das Bebel'sche Wort von dem gesunden Mistkraut der Massen gegen ihre Führer. Das muß die Gewerkschaften in kritischen Zeiten in die schlimmsten Konflikte treiben. Gegen v. Elm, der sich getraute, in einer Behandlung von Masse und Führer eine Reihe selbstverständlicher Wahrheiten zu sagen, ging ein Hexenabbat los. „Manbarinen“, „Volksfeind“, „große Männer“, „die Geschichte machen“, „die dumme blöde Masse, die allemal hinter ihnen hervortritt“. Und so fort mit Kraxie. Wie man sieht, den früheren „Fußtritt ins Kreuz“ absolut ähnlich.

Nach diesen Erfahrungen ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß, wenn die sozialdemokratische Partei bei der nächsten Wahl einen größeren Sieg erringt, das gewerkschaftsschädliche Treiben der roten radikalen Parteiführer mit verstärkter Macht anhebt, und daß sich ihre Winterarbeit in erster Linie gegen die Führer des Verwässerers des Klassenkampfes, die Gewerkschaftsbeamten richtet. Wer diese scheinen sich in diese Helotenrollen gefunden zu haben. „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Sie tun es, trotzdem sie das Arbeiter-schädigende dieses Treibens klar erkennen. Sagte doch v. Elm auf der Geheimkonferenz (S. 21):

„Was ich dagegen sehr schmerzhaft empfunden habe, das ist die geflüsterte Herabsetzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit.“

Trotzdem wirft sich die sozialdemokratische Gewerkschaftspressen schon jetzt in den Wahlkampf. In glänzenden Leitartikeln wird für die Stärkung der Partei und für die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten aufgefodert. Wahrscheinlich tut sie das, um ihre gute Gesinnung der Parteileitung und den Radikalismus à la Pannetloek und Rosa Luxemburg zu beweisen. Sie fühlen sich als „Unteroffiziere“, allerdings solche, die nur nach oben schielen. Es geht sogar noch weiter. So meldet der „Vorwärts“ in seiner Nr. 44 vom 21. Februar von Stettin:

Rüstung zum Wahlkampf!

Eine Vorstandskonferenz der dem Stettiner Gewerkschaftsartikel angeschlossenen Organisationen beschloß, einen einmaligen Extrabeitrag von 50 Pfennig pro Mitglied zu erheben, um so die Kosten der Reichstagswahl für die beiden Stettiner Wahlkreise aufzubringen. Da 18 000 organisierte Arbeiter durch diesen Beschluß verpflichtet werden, so können 9000 M. aufgebracht werden.

Das ist nicht der einzige Fall, auch andernwärts sind die „freien“ Gewerkschaften feste am Spenden für die rote Wahlkassette, z. B. der sich immer so „neutral“ gebierende Buchdruckerverband in Frankfurt a. M. mit 163,20 M. So werden die Gewerkschaften und deren Selber gemißbraucht und die nämlichen Leute gehören auf gegen uns, daß wir uns diesem arbeiter-schädigenden und die Verpflichtung unter die Arbeiter tragenden Treiben nicht fügen. Sie werden ihren Dank bekommen nach den Wahlen. Das „gesunde Mistkraut“ gegen die Gewerkschaftsführer läßt sich nach einem siegreichen Wahlkampf leichter schüren, die „Fußtritte ins Kreuz“ den „vollgefressenen Kerle“, „Pannetloek“ schon besorgen. Es ist gut, wenn wir uns diese Dinge merken, um sie bei geeigneter Gelegenheit den aufstrebenden und getretenen „freien“ Gewerkschaftsführern und deren Befolge zu servieren.

Rundschau.

Naturwissenschaftlicher Kursus. Der Replerbund beabsichtigt vom 3. bis 6. April in Godesberg bei Bonn einen vierstägigen naturwissenschaftlichen Kursus zu veranstalten, welcher diesmal mehr als die bisherigen Kurse dem Bedürfnis nach gemeinverständlicher Darstellung Rechnung tragen soll. Er labet daher zu diesem Kursus auch ganz besonders die Herren Vereinssekretäre, Arbeitersekretäre, Gemeindeführer usw. ein. Es sind folgende Thematika in Aussicht genommen:

- 1. Freie Wissenschaft und freier Glaube. — 2. Naturwissenschaft und Religion. — 3. Monismus und Dualismus. — 4. Stoff und Kraft. — 5. Die Weltentstehungslehren. — 6. Wesen und Ursprung des Lebens. — 7. Die Entwicklungslehre. — 8. Entwicklungslehre und Religion. — 9. Mensch und Tier. — 10. Körper und Geist.

Bei der endgültigen Festsetzung der Vortragsthematika können noch etwaige besondere Wünsche berücksichtigt werden.

Den Teilnehmern wird im Anschluß an die Vorträge Gelegenheit zu ausgiebiger Diskussion geboten werden. Der Kursus ist für die Angehörigen der oben genannten Berufe gebührenfrei, für andere Teilnehmer beträgt die Gebühr 8 M. Für billigen Aufenthalt, ca. 3 M. pro Tag, soll nach Möglichkeit gesorgt werden. Es wird gebeten, Anmeldungen möglichst bald an das Bureau des Replerbundes, Godesberg bei Bonn, gelangen zu lassen.

Ein Rheinischer Arbeitsnachweisverband. Die Regierungen des Köln, Aachen, Coblenz und Düsseldorf gründeten einen Rheinischen Arbeitsnachweisverband, der in Köln in dem neuen Wohlfahrtsgebäude der Stadt seinen Sitz erhält und am 1. April ins Leben tritt.

Ein Wohnungsamt der Stadt Charlottenburg. Die Stadt Charlottenburg richtet am 1. März ein Wohnungsamt ein, um ungesunde und in fitzlicher und sonstiger Beziehung nicht einwandfreie Wohnungsverhältnisse zu beseitigen. Es soll für alle Kleinwohnungen (bis zu 2 Zimmern), in denen sich Schlafstellen befinden, eine Aufsicht eingeführt werden. Diese soll sich auf Schlafgelasse der im Hause des Arbeitgebers oder der Dienstherren wohnenden Arbeiter, Handlungs- und Gewerbegehilfen, Lehrlinge und Dienstmädchen erstrecken. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind von der Stadt zunächst zwei Wohnungsspieler ange stellt worden. Diese sollen mit Unterstützung zweier Gehilfen sämtliche in Frage kommenden Wohnungen daraufhin prüfen, ob sie allen gesundheitlichen und hygienischen Bestimmungen entsprechen und, wo es nicht der Fall ist, für Abhilfe Sorge tragen. Dem Wohnungsamt ist ein Wohnungs nachweis angegliedert. Durch diesen soll es möglich sein, jederzeit einen Ersatz für eine als ungesund befundene Wohnung zu schaffen. Hand in Hand mit der Wohnungsaufsicht und dem

Wohnungsnachweis geht die Wohnungsstatistik. Falls diese einen Mangel an gesunden Kleinwohnungen ergeben sollte, müßte die Wohnungsfürsorge dahin erweitert werden, daß für die Herstellung einwandfreier Wohnungen gesorgt würde, die auch den wirtschaftlich schwächer gestellten Volksschichten ein gesundes Wohnen ermöglichte.

Der katholische Gesellenverein München-Haidhausen besitzt seit kurzem ein eigenes Hospiz oder Ledigenheim für Handwerksgehilfen. Vorläufig können noch 10 Gesellen aufgenommen werden, im April weitere 30, der Rest im Juli und Oktober, im ganzen gegen 70 Mann. Die Zimmer sind schön und geräumig und ganz neu eingerichtet. Der Preis für Woche und Bett beträgt 2-2,50 M. Freistück und Abendessen, und bei genügender Beteiligung auch Mittagstisch, kann im Hause gegeben werden. Im Oktober werden Arbeitschwestern die Führung des Haushaltes übernehmen. Waschen und Sticken wird ebenfalls im Hause besorgt. Beim Hause befindet sich ein großer schattiger Garten mit Begehbahn; im Sommer wird noch eine Turnhalle gebaut. Das Gesellenhaus befindet sich in der Kirchenstraße 6, in nächster Nähe des Max-Weber-Platzes, der Haltestelle für die Trammlinien 4, 9, 12 und 19. Die Entfernung vom Ostbahnhof beträgt 15 Minuten. Anmeldungen zur Aufnahme können beim Präses oder beim Hausmeister gemacht werden.

Steigende Unbuddsamkeit. (Fortsetzung.) Hierzu wird uns aus Reddinghausen geschrieben: Am Donnerstag, den 23. Februar, vormittags, kam der Kollege Bach am Neubau der Unternehmer Gehz am Dörster Weg vorbei. Der sich als Sozialdemokrat und „frei“ organisiert entpuppende Bauhilfsarbeiter August Grigolet war vor dem Bau mit Mörtelmachen beschäftigt. Ihn fragte Kollege Bach, nachdem er sich als Vertreter unseres Verbandes vorgestellt hatte, ob auch an dem Bau Kollegen unseres Verbandes beschäftigt seien, worauf Grigolet erwiderte: Hier sind keine, die mit dem lieben Gott etwas zu tun haben. Als darauf Kollege Bach erwiderte, daß ungeachtet dessen, ob er (Grigolet) oder die übrigen etwas mit dem lieben Gott zu tun hätten oder nicht doch Anstand sei, auf eine anständige Frage auch eine anständige Antwort zu geben, schrie Grigolet: „Ja, einem christlichen Gauner eine anständige Antwort geben? Mach bloß, daß du wegkommst, du Lump, sonst nehme ich die Schippe.“ Mit diesen Worten lief er auf Kollegen Bach zu und drohte, ihn mit der Schippe zu stechen. Bemerkte sei hierbei, daß Kollege Bach gar nicht einmal die Baustelle betreten hatte, sondern vor dem Bauzaun auf der Straße stand. Auf die Frage, ob er solches Verhalten auch den Angehörigen der sozialdemokratischen Arbeiterverbände gegenüber gutheiße, erwiderte er: Ein Gauner bist du, die Christlichen sind alle Streikbrecher, in Eisen haben die Christlichen seit 1900 Streikbrecher gesteckt. Ihr seid Zentrumsgewerkschaften, Unternehmerschutztruppen usw. Als ihm jetzt vom Kollegen Bach der Spiegel seiner Aussagen entgegengehalten wurde, geriet der Herr von Freiheit und Brüderlichkeit in solche Wut, daß er eine Schippe voll Mörtel nahm und sie auf Kollegen Bach über Gesicht und Anzug schleuderte, so daß Bach von oben bis unten beschmutzt war. Mit Tuschel, was für eine Gesellschaft. Andere Leute Gauner, Lumpen, Streikbrecher usw. schimpfen, und wenn sie dann etwas hören, was ihnen unangenehm ist, dann verfährt man einfach nach dem Rezept: Willst du nicht mein Bruder sein, schlage ich dir den Scheitel ein. Angesichts solcher Vorkommnisse müssen alle unsere Kollegen sich die Frage vorlegen, wie ist es möglich, solchen Brutalitäten sozialdemokratischer Erziehung zu begegnen? Nur die Stärkung unseres Verbandes gebietet solchen niederträchtigen Handlungswesen Einhalt. Daher, Kollegen, sorgt eifrig für neue Mitglieder. Zeigt den roten Helden, daß auch ihre Hände nicht in den Himmel wachsen. Durch unermüdliche Werbearbeit wollen wir zeigen, daß auch verächtliche Mißhandlung nicht imstande ist, uns in unserer Tätigkeit aufzuhalten. Nein, jetzt erst recht vorwärts, trotz alledem.

Die Streikbrecheragenuren schließen in letzter Zeit üppig ins Kraut. So veröffentlicht der Generalanzeiger für Hamburg-Altona aus einer an die Arbeitgeber ergangenen Offerte einer solchen Agentur:

„Ergebnis bezugnehmend auf die zeitweise auftretenden Lohnrückstellungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, erlaube ich mir, Ihnen bei etwa vorkommenden Fällen meine Dienste zur Verrichtung von sachkundigen, arbeitswilligen... Arbeitern anzubieten. Durch mein Unternehmen sind Sie heute in die Lage versetzt, daß Sie die oft unbedeutendsten Forderungen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter zurückweisen können, ohne daß Ihnen durch etwaige Niederlegung der Arbeit und Verhängung des Streiks über Ihr Werk Schaden entstehen kann. Ich bin in der Lage, bei einem etwa ausbrechenden Streik Ihrer Arbeiter auf einem Ihre Werke innerhalb 24 Stunden bis zu 800 geschulte arbeitswillige Arbeiter jeder Kategorie zur Verfügung zu stellen, sofern vorherige Verhandlungen und Besprechungen stattgefunden haben.“

Anscheinend muß das Geschäft lukrativ sein. Selbstverständlich haben diese Hyänen des Schlachtfeldes und Menschenfresser das Recht der Öffentlichkeit, denn die Offerte wird als streng vertraulich bezeichnet, auch wird gebeten, bei Beantwortung irgenbener Frage keine Postkarte zu benutzen. Nur eine Werber-agentur kann sich zu einem solchen Unternehmen hergeben. Auch die ersten Streikigkeiten in Moabit entwickelten sich um aus einem solchen Institut vermittelte Arbeitswillige, die sich später zu dem bekanntesten Krautwall ausbeuteten.

„Parität“ bei gemeinsamen städtischen Arbeitsnachweisen. Für das Maler- und Anstreicher-gewerbe in Frankfurt a. M. ist mit dem 1. Februar d. Js. ein „paritätischer“ Facharbeitsnachweis eingerichtet worden, dessen Verwaltung dem städtischen Arbeitsamt übertragen ist. An der Spitze des Facharbeitsnachweises steht eine Kommission von 6 Mitgliedern, 3 Arbeitgeber und 3 Gehilfen. Bei der Zusammensetzung dieser Kommission ist der Zentralverband christlicher Maler auf Betreiben des sozialdemokratischen Malerverbandes ausgeschaltet worden, trotzdem er Tarifkontrahent und in Frankfurt in erheblicher Stärke vertreten ist. Vom christlichen Maler- und Anstreicherverband ist hiergegen Protest eingelegt worden. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Stadtverwaltung den sozialdemokratischen Nachgeklüften einen Kiegel vorziehen wird. Sonst können die christlichen Arbeiter solchen Einrichtungen einen wirklich paritätischen Charakter nicht zuerkennen und infolgedessen auch kein Vertrauen entgegenbringen. Im übrigen zeigt dieser Vorgang wieder, daß die Sozialdemokraten es verstehen, alle — auch „paritätische“ — Einrichtungen ihren Zwecken dienlich zu machen. Eine deutliche Warnungstafel, auf der Gut zu sein.

Warum denn bedenklich? Das Organ der Unternehmerverbände, „Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 7 vom 12. Februar 1911) befaßte sich mit den Fortschritten der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910. Nachdem der Mitglieder-

zuwachs einzelner Berufsgruppen angeführt ist, heißt es weiter: „Erhebliche Fortschritte haben auch, was besonders bedenklich erscheint, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände der Staatsarbeiter und Angestellten aufzuweisen.“

Die Scharmacher vom Schlage der Arbeitgeber-Zeitung finden es also besonders bedenklich, daß die christlich-nationalen, königstreuen Organisationen der staatlichen Arbeiter und Angestellten an Zahl und Bedeutung zunehmen. Ob die Arbeitgeber-Zeitung es lieber sehen würde, wenn die Betr. Arbeiter und Angestellten sich sozialdemokratisch organisieren, hat sie leider nicht dabei gesagt. Da das wohl kaum anzunehmen ist, bleibt noch die Annahme übrig, daß dieses Unternehmerblatt den Staatsarbeitern das Recht zur Organisation überhaupt streitig machen möchte, während es in jeder Nummer den Unternehmern die unbedingte Notwendigkeit des Zusammenschlusses predigt.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen gab es in Deutschland am Schluß des Jahres 1909 im sozialdemokratischen Lager 133 888, in den christlichen Gewerkschaften 20 182. Im vergangenen Jahr haben die letzteren eine erhebliche Zunahme an weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen, aber die Spannung gegenüber der sozialdemokratischen Richtung dürfte sich wenig verschoben haben. Von den christlichen Berufsorganisationen hatte die meisten weiblichen Mitglieder am vorgenannten Zeitpunkt der Textilarbeiterverband mit 8598, dann folgt der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen mit 6529 und der Tabakarbeiterverband mit 2287. Der Textilarbeiterverband steigerte die Zahl seiner weiblichen Mitglieder im Jahre 1910 um 842, der Tabakarbeiterverband um 1024. Von den Heimarbeiterinnen liegen die Ziffern noch nicht vor. Zu einer weit stärkeren Heranziehung der Arbeiterinnen werden die christlichen Berufsorganisationen eine ihrer wichtigsten Aufgaben der Zukunft zu erblicken haben.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Cöln, die Arbeiten des Zwischenmeißlers Kurzbäum aus Bonn, Dorfmar (Streit der Maurer), Lage i. L. (Streit), Düsseldorf die Firma Penzen für Zimmerer, Berlin (Dachdecker) die Firma Uthaus, Adersst., Essen (Eisenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft Lange u. Comp., Buzug ist fernzuhalten.

Berlin Bochum.

Sitzung des Einigungsamtes für das Platten-gewerbe vom 9. Februar 1911.

Essen, den 9. Februar 1911.

Anwesend unter dem Vorsitz des Beigeordneten Rath die Herren Assessor Dr. Spilner; von den Arbeitgebern: W. Marchand sen. - Essen, W. Quenell-Essen, R. Kircher-Essen, E. Jaminet-Essen, H. Röttges-Duisburg, Fel. Guttführer-Reddinghausen, W. Busch in Fa. Hünnebed u. Cie.-Duisburg, Sonnwald-Gelsenkirchen, Harze, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes im Plattengewerbe; von den Arbeitnehmern: W. Koch-Bochum, Weimelhauer Straße Nr. 12; Franz Weinert-Essen, Wörtelstr. Nr. 17; W. Nöthlings-Bochum, Diebergstr. Nr. 1; Fr. Bernel-Duisburg, Im Schlenk 97; H. Abel-Essen, Kanpenstr. 80; F. Kahl-Dortmund, Leisingstr. 32; Heinrich Behrend-Duisburg, Fr. Wilhelm-Str. Nr. 76; H. Kunst-Reddinghausen-Süd, Bochumer Straße Nr. 140a;

als Protokollführer: Oberstadtschreiber Heblig-Essen.

In heutiger Sitzung wurde folgendes verhandelt bzw. beschlossen:

1. Als Mitglieder des Einigungsamtes werden benannt: a) von den Arbeitgebern: die Herren Kircher-Essen, Quenell-Essen, Jaminet-Essen, Sonnwald i. Fa. Hünnebed u. Cie., Gelsenkirchen, Franz Haas-Duisburg, Werringloer-Bochum. Herr Marchand sen. will erforderlichenfalls als Ersatzmann eintreten.

Es wird als zulässig bezeichnet, sich im Falle der Verhinderung vertreten zu lassen. Das geladene Mitglied des Einigungsamtes, das verhindert ist, an der betreffenden Sitzung teilzunehmen, soll für das Erscheinen des Ersatzmannes Sorge tragen.

b) von den Arbeitnehmern: als Mitglieder: F. Kahl-Dortmund, H. Abel-Essen, Fr. Bernel-Duisburg, F. Müller-Bochum, F. Weinert-Essen, W. Koch-Bochum; als Vertreter: W. Rath-Köln, A. Günther-Essen, Fr. Ordnung-Gelsenkirchen, W. Nöthlings-Bochum, A. Koch-Gelsenkirchen, Th. Händchen-Bochum.

Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes soll dem Einigungsamt alsbald die Adressen der unparteiischen Vorsitzenden und der Arbeitgebermitglieder der einzelnen Schlichtungskommissionen mitteilen.

Die Arbeitnehmer haben ihre Mitglieder der Schlichtungskommission bereits benannt.

2. Klage des Plattenlegers Felig Kunst zu Reddinghausen c/a Firma Felig Gutführer ebendort wegen Forderung von 36,34 M. Lohn.

Vorliegender verließ das Schreiben des Zentralverbandes der christlichen Bauarbeiter, Bezirk Bochum, vom 21. Dezember 1910.

Nach diesem Schreiben erhielt der Plattenleger Kunst bei seiner letzten Abrechnung mit der Firma Gutführer 36,34 M. Afford- und Tagelohn zu wenig ausbezahlt. Seine Bemühungen, die Angelegenheit vor der Schlichtungskommission zur Erledigung zu bringen, scheiterten daran, daß wegen Nichtvorhandenseins von Mitgliedern des Arbeitgeberbundes die Kommission in Reddinghausen überhaupt nicht gebildet werden konnte.

Zur Sache selbst wird nach Anhörung der Parteien festgestellt, daß eine Bindung durch den Tarifvertrag nicht bestand und die freie Vereinbarung, die zweckmäßigerweise hätte getroffen werden müssen, infolge Verschuldens beider Teile unterblieben ist.

Herr Koch empfiehlt der Berechnung den vorläufigen Satz von 2,50 M. zugrunde zu legen.

Herr Gutführer bittet hingegen, den von ihm zur Anwendung gebrachten Tagelohnsatz in Anrechnung zu bringen. Es habe sich um das Versehen von Granitplatten, und zwar um eine glatte Arbeit gehandelt.

Herr Kircher weist darauf hin, daß für derartige Arbeiten nach dem neuen Tarif des Rarmorgewerbes in Essen 2,15 M. bezahlt werden. Herr Marchand schlägt vor, die Differenz zu teilen.

Herr Gutführer erklärt sich damit einverstanden. Herr Koch hält die Gewährung des Zuschlages für auswärtige Arbeiten aber für notwendig.

Parteien einigen sich dahin, daß unter Berücksichtigung der auswärtigen Arbeit der Satz von 2,15 M. für das Quadratmeter der Berechnung zugrunde zu legen ist. Im Anschluß hieran wird vereinbart, die aus dem Verträge sich in Reddinghausen ergebenden Streitigkeiten der Schlichtungskommission Gelsenkirchen zur Klärung und Erledigung zu überweisen.

3. Antrag der freien Gewerkschaft auf a) Festsetzung des Preises für sehr angehaucene Platten bei unwirtschaftlichen Zus-

bodenbelagen; b) Festsetzung des Preises für angeheuene Untplatten bei Fußbodenbelagen.

Nach längeren Erörterungen über den Antrag zu 3a, der von den Arbeitgebern mit Rücksicht darauf als unberechtigt bezeichnet wird, daß die Parteien sich bei den Vertragsverhandlungen von vornherein darüber klar gewesen seien, daß die Zulagen für Nebenarbeiten fortzufallen hätten und bei Anerkennung des Antrages eine Verzögerung dieses Grundgesetzes eintreten würde, bittet Herr Abel, Bezugsnehmer des Antrages bis zum Schluß der Verhandlung zurückzuziehen. Er werde ihn evtl. ganz zurückziehen, falls die Arbeitgeber in anderen Punkten den Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung tragen würden.

Seinen Antrag zu 3b bezeichnet Herr Abel als zu weitgehend. Er zieht ihn deshalb zurück.

4. Antrag der Schlichtungskommission Duisburg auf Auslegung der Vertragsstellen 2, 17, 22, 23, 24, 25, 36 und 38.

Die vorgelegten Fragen beantwortet Einigungsamt wie folgt:

Zu Post. 23: Der Wortlaut der Position muß folgende Fassung erhalten: „Normale Bierdecke, Achteck und Trapezform und große Kantenplatten erkl. Deck- und Hohlblechen.“

Zu Post. 24: Die ganze Fläche von der Haustür bis zum Türschwelle in voller Höhe der Bekleidung ist mit dem erhöhten Preis (3,30 M) zu bezahlen.

Zu Post. 25: Der Preis von 3,50 M ist für die gesamte Wandbekleidung, also vom Fußboden ab, zu zahlen. Die Post. 25 soll folgende Fassung erhalten: „Bei Mehrgesäßen und Säßen ähnlicher Ausführung über 2 Meter Höhe... (Siehe auch den Vertrag für das Bergische Land.)“

Zu Post. 36: Der Preis von 4 M pro Quadratmeter ist auch dann zu zahlen, wenn in einem Hause mehrere Quadratmeter Wandplatten angebracht werden, in einem Räume desselben Hauses jedoch nur ein Spülstein befestigt wird.

Zu Post. 38: Wenn bei Wandplattenbekleidung ein Hohlblech-Sockel angebracht wird, ist der Sockel mit der Wandbekleidung durchzumessen und pro Quadratmeter zu verrechnen.

Zu Post. 2: Die Worte „Mit Einlagen“ beziehen sich nur auf Bierdecke, nicht auf Sechseck. Die Tarifstelle muß also folgende Fassung erhalten: Sechseck von 14/14 Zentimeter aufwärts ohne Einlagen (auch Frankfurter Form, hierzu gehören auch Nr. 13,8 Zentimeter-Platten). Bierdecke 14/14 Zentimeter und darüber mit Einlagen; usw. Ferner wurde festgelegt, daß bei Abfertigungen (ungleichzeitigen Sechsecken) der Zuschlag nach Post. 8 zu zahlen ist.

Zu Post. 17: Es wird folgende Fassung vereinbart: Frieße aus Teilplatten mit ganzen oder halben Einlagen, usw.

Zu Post. 22: Die gehauene, verlegte halbe Einlage muß mit 5 Pf. pro Stück bezahlt werden.

Zu Post. 24: Es wird folgende Vereinbarung getroffen: 1. Herr Abel zieht seinen Antrag zu 3a zurück; 2. der erhöhte Satz von 10 Pf. wird bei Differenztreppen bis zu 6 Stufen einschließend berechnet. Für Wandbekleidung in eigentlichen Treppenhäusern (Etagentreppen) werden 3,60 M pro Quadratmeter gezahlt. Hauseingänge ohne Stufen werden zu normalen Preisen ausgeführt.

Zu Post. 41: Die zu dem alten Vertrag ergangene Entscheidung des Einigungsamtes bleibt bestehen. Sie lautet: „Auch für das Säuen der Böcher in Fugen sind 25 Pf. Zuschlag zu zahlen, vorausgesetzt, daß von den Platten Stücke entfernt werden müssen.“

Außerhalb der Tagesordnung wird auf Anregung des Vorsitzenden beschlossen, die Protokolle vor ihrer endgültigen Drucklegung den Herren Richter (Arbeitgeber) und Abel (Arbeitnehmer) mit dem Bemerkten zu übersenden, daß sie als genehmigt angesehen werden, falls nicht bis zu einem bestimmt anzugebenden Termin (achtstägige Frist) Einspruch bei dem Protokollführer eingeht.

Die Angelegenheit der Firma Himmelsbach u. Cie. - Duisburg - die Arbeitnehmer sollen die Sperre über das Geschäft verhängt haben, was sie jedoch bestreiten - wird der Schlichtungskommission Duisburg überwiesen. Nach Erklärung der Parteien hat der unparteiische Vorsitzende dieser Kommission bereits für heute nachmittags Termin anberaumt.

gez.: Rath. gez.: Redlich.

Bezirk Münster.

Felgte. Der Tarifvertrag läuft hier am 30. April ab. Auf Grund des § 14 sollten die Verhandlungen im Dezember beginnen, und wandten wir uns dieserhalb an die Unternehmer. Als Antwort lief ein Schreiben ein, in dem unter Angabe recht zweifelhafter Gründe es einfach abgelehnt wurde, mit uns in Verhandlungen einzutreten und wieder einen Vertrag abzuschließen. In einer Versammlung wurde zu dieser Haltung der Unternehmer Stellung genommen und einmütig zum Ausdruck gebracht, daß man sich entschlossen sei, mit allen erlaubten Mitteln wieder zu einem Tarifvertrag zu gelangen. Gleichzeitig sollte den Unternehmern durch die Bezirksleitung nochmals schriftlich unsere Stellung zur Tariffrage mitgeteilt werden. Nachdem dieses geschehen, erhielten wir Mitteilung von den Unternehmern, daß sie zu Verhandlungen bereit seien. Dieselben fanden am 10. Februar statt, und wurde nach eingehender Beratung von den Arbeitgebern in diesem Jahr 3 Pf. und im nächsten Jahr 2 Pf. Lohnniederhaltung geboten, gleichfalls gestanden sie für Wasser-, Kamin- und Klempnerarbeiten, sowie Wortreparaturen an Zuschlägen statt bisher 10 Pf., jetzt 20 Pf. die Stunde zu. In der am 19. Februar stattgefundenen Versammlung wurde einstimmig beschlossen, die gemachten Zugeständnisse anzunehmen und auf die weitergehenden Wünsche im Interesse des Friedens zu verzichten. Somit haben die Felgter Kollegen wieder durch die Organisation einen schönen Erfolg auf friedlichem Wege errungen, hoffentlich räumen sie jetzt energisch mit den noch vorhandenen paar unorganisierten Bauarbeitern auf, und sorgen vor allen Dingen dafür, daß die in den in der Umgebung von Felgte liegenden Orten noch zahlreich vorhandenen unorganisierten Bauarbeiter unserem Verbande zugeführt werden. Es liegt dieses im eigenen Interesse der Kollegen, sowie des deutschen Baugewerbes, denn nur dadurch kann der auswärtigen Schmutzkonkurrenz gesteuert, und gleichzeitig geordnete Verhältnisse in der Nachbarschaft geschaffen werden. Kollegen von Felgte, wer will angesichts des Gesagten auf der Warenauslage liegen bleiben und nicht agitieren? Hoffentlich keiner.

Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das deutsche Baugewerbe.

Das Zentralschiedsgericht tagte am 16., 17. und 18. Februar. Von den 150 auf der Tagesordnung stehenden Punkten kamen 104 zur Verhandlung. Von den zur Verhandlung gekommenen Punkten wurde der größere Teil endgültig erledigt; der kleinere Teil an die örtlichen Instanzen verwiesen. Der Rest der Tagesordnung soll mit den noch hinzukommenden Punkten in der nächsten Sitzung, welche zum 6. März angesetzt ist, erledigt werden. Die Tagesordnung war vom Vorsitzenden Geh. Rat Dr. Wiedefeldt so gruppiert worden, daß zunächst die Punkte zur Verhandlung kamen, welche formale Schwierigkeiten der örtlichen Vertragsschließung verurhten. Dann folgten die Punkte, welche der örtlichen Vertragsschließung sachliche Schwierigkeiten bereiten. An dritter Stelle standen die Punkte, welche Streitigkeiten aus den

bestehenden Verträgen betreffen. Von letzteren sind noch keine zur Verhandlung gekommen.

Die Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts werden wir nach und nach im Verbandsorgan veröffentlichen. Die Entscheidungen, deren wörtliche Fassung bereits in unsere Hände gelangt ist, bringen wir weiter unten zum Ausdruck. An den zur Entscheidung gekommenen Sachen sind unsere Mitglieder direkt beteiligt in Regensburg, Anderten, Barmen-Eberfeld, Borsum, Braunschweig-Middaghausen, Bremerhaven, Breslau, Hannover, Heidelberg, Jarotschin, Königsberg, Mitteldeutschland, Meß, München, Passau, Rheinland-Westfalen, Saarbrücken, St. Ingbert, Schönlanke und Waldenburg.

In Regensburg, Borsum, Jarotschin und Schönlanke weigern sich die Arbeitgeber, mit unseren dortigen Zahlstellen Verträge zu schließen. Nach den Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts sind sie dazu verpflichtet. In Jarotschin und Schönlanke, wie in allen anderen Orten, wo die Arbeitgeber nach Beendigung der Inspektion die Lohnzahlung nicht gezahlt haben, müssen sie dieselbe vom Tage der Arbeitsaufnahme nachzahlen. Es ist nun Sache der betreffenden Mitglieder und Zahlstellen, dafür zu sorgen, daß die Arbeitgeber den Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts nachkommen. Bezüglich Anderten, Meßburg ist entschieden, daß diese beiden Orte in das Gebiet des hannoverschen Vertrages einzubeziehen sind, also dort der hannoversche Lohn von allen Arbeitgebern zu zahlen ist. Die Umänderung des § 8 des Vertragsmusters in Bremerhaven wie an anderen Orten ist nach der Entscheidung des Zentralschiedsgerichts unzulässig. Die von Bremerhaven aus beantragte Entscheidung über Begriff Erdarbeiter ist noch nicht gefallen; der Punkt kommt erst bei der nächsten Sitzung zur Verhandlung. Im Vertragsgebiet Barmen-Eberfeld (Bergisches Vertragsgebiet) ist die achtstägige Lohnzahlung allgemein einzuführen. In Solingen, das zu diesem Vertragsgebiet gehört, müssen die Zimmermeister die im Frühjahr mit den Zimmerern vereinbarte und die laut Dresdener Schiedspruch fällige Lohnzahlung zahlen, weil sie trotz Vertrag aussperrten. In Breslau darf an dem rechtsgültig abgeschlossenen Verträge auch bezüglich der Löhne der Bauhilfsarbeiter nichts mehr geändert werden. In Braunschweig ist zur Erledigung der noch bestehenden Streitpunkte eine zweite Instanz zu schaffen; der Oberbürgermeister von Braunschweig soll ersucht werden, einen unparteiischen Obmann zu ernennen.

Die Streitfrage der Freitagslohnzahlung in Hannover ist an die örtliche zweite Instanz verwiesen worden. Bezüglich der achtstägigen Lohnzahlung in Heidelberg wurde entschieden, daß die Entscheidung der zweiten Instanz nicht zulässig sei, weil diese Frage der Vereinbarung der beiden Parteien überlassen ist. Bezüglich Einbeziehung der Drie Leinen und Redargemünd in das Heidelberger Vertragsgebiet soll die zweite Instanz entscheiden. Die Königsberger Streitfragen, Lohnausgleich für Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und Lohnausgleich für Bauhilfsarbeiter, wurden an die zweite Instanz verwiesen. Der Zusatz zu § 8 im Meßer Verträge ist für unzulässig erklärt worden. Desgleichen die Zusätze im § 2 und im Kopfe der Verträge für Rheinland-Westfalen. Die Streitpunkte des Mitteldeutschen Vertragsgebietes sind an die zweite Instanz zurückverwiesen worden. Der Münchener Vertrag darf auch in § 9 eine andere Fassung nicht erfahren. Bezüglich Passau wurde entschieden, daß der Zusatz im Kopfe des Vertrages zu streichen, der Zusatz im § 5 aber zu belassen ist. Für die Umgebung von Saarbrücken ist, soweit ausgesperrt worden war, Vertrag zu schließen. In St. Ingbert haben alle Arbeitgeber den mit dem hiesigen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe abgeschlossenen Vertrag anzuerkennen. Bezüglich Waldenburg wurde ein Teil der Entscheidung der zweiten Instanz als über die zulässige Befugnis gehend für ungültig erklärt. Sobald die Entscheidung und Begründung gedruckt vorliegt, werden wir den Kollegen weitere Nachricht geben.

Eine generelle Entscheidung des Schiedsgerichts geht dahin, daß die zweiten Instanzen die ihnen überwiesenen Streitfälle bis 20. März zu erledigen haben.

Das Zentral-Schiedsgericht für das Deutsche Baugewerbe hat in seiner Sitzung vom 16. Februar 1911, an der teilgenommen haben unter dem Vorsitz der Unparteiischen: Wahr (München), Dr. Wiedefeldt (Berlin), Wöbbling (Berlin); vom Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe: Behrens (Hannover), Enke (Leipzig), Fischer (Frankfurt a. M.), Wolfram (Breslau); vom Deutschen Bauarbeiterverband: Behrendt (Hamburg), Eberschmidt (Berlin); vom Zentralverband der Zimmerer Deutschlands: Schrader (Hamburg); vom Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands: Wiebeberg (Berlin) nachstehende Entscheidung gefällt: (Entscheidungen und Begründungen im Wortlaut.)

Entscheidung 1.

In Orten, wo der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, ein Mitglied aber keine Ortsgruppe hat, die Einbeziehung dieses Mitglieds in den Ortsvertrag einer benachbarten Ortsgruppe aber zu Schwierigkeiten führen würde, ist der Abschluß eines Ortsvertrages zwischen diesem Mitglied und den zuständigen Arbeiterorganisationen zulässig und erwünscht. Dieser Vertrag bedarf der Genehmigung des Arbeitgeberverbandes, dem dieser Arbeitgeber als Mitglied angehört.

Gründe. Die Zentralverbände der Arbeiterorganisationen haben Verträge, die zwischen einzelnen Arbeitgebern und örtlichen Arbeiterorganisationen abgeschlossen waren, die nach § 11 des Vertragsmusters erforderliche Genehmigung verweigert, weil ihrer Ansicht nach solche Verträge nur zwischen Organisationen geschlossen werden können. Der Arbeitgeberverband steht auf dem entgegengekehrten Standpunkt und geht davon aus, daß alle seine Mitglieder verpflichtet sind, Tarifverträge abzuschließen.

Die Schiedsprüche gehen von der im Baugewerbe obwaltenden Regel aus, daß überall örtliche Organisationen auf beiden Seiten bestehen und ordnen daher diesen Regelfall. Dadurch wird aber die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß dort, wo jene Voraussetzung nicht zutrifft, also auf Arbeitgeberseite, keine örtliche Organisation besteht, auch mit einzelnen Arbeitgebern ein Vertrag geschlossen werden kann. Dies ist in anderen Gewerben üblich, und war auch im Baugewerbe früher häufiger; hiermit stimmt ferner die Vorschrift im § 63 des Gewerbeverordnungsgegesetzes. Es liegt aber auch durchaus im Sinne der Entscheidungen vom Juni 1910, daß solche vereinzelte Mitglieder den Ortsvertrag eines benachbarten Arbeitgeberverbandes ohne Schwierigkeiten möglich ist, wird sich dieser Weg empfehlen, zumal dann auch Instanzen für Streitigkeiten vorhanden sind. Wo jene Einbeziehung zu Schwierigkeiten führen würde, würde es beim Abschluß von Einzelverträgen an derartigen Instanzen

und an Organen zur Durchführung des Vertrags fehlen. Aus diesem Grunde wird vorgeschrieben, daß Einzelverträge nur demjenigen Arbeitgeberverband unter schriftlich genehmigt werden müssen, dem der Einzelarbeitgeber als Mitglied angehört, mag dies ein benachbarter Ortsverband, ein Bezirksverband oder der Deutsche Arbeitgeberverband sein.

Entscheidung 2.

In Jarotschin ist ein Ortsvertrag mit der christlichen Ortsorganisation abzuschließen. Wegen Schwäche der örtlichen Organisation kann kein Vertragsabschluß verweigert werden.

Gründe. In Jarotschin bestand bis 31. März 1910 ein Ortsvertrag. Der örtliche Arbeitgeberverband sperrte im Frühjahr 1910 43 Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter aus und verweigerte nachher den Abschluß eines Vertrags, weil die christliche Organisation dortselbst zu schwach vertreten sei.

Nach der Entscheidung IV, Ziffer 2 und 3 vom 16. Juni 1910 ist für alle Orte, an denen bisher Verträge bestanden haben oder die an der Bewegung beteiligt gewesen sind, zwischen den örtlichen Organisationen ein Vertrag zu schließen. Besondere Ausnahmegründe, bei deren Vorliegen von dem Abschluß abgesehen werden könnte, sind nicht vorgehen; die größere oder geringere Stärke einer Organisation an Orte ist jedoch kein Verweigerungsgrund. Im Gegenteil haben ganz allgemein die Zentralorganisationen die Pflicht übernommen, auf den Abschluß örtlicher Verträge mit allen Mitteln wiederholt hinzuwirken.

Entscheidung 3.

Für Orte, wo bisher Verträge bestanden haben oder die an der Bewegung beteiligt gewesen sind, müssen Ortsverträge zwischen den örtlichen Organisationen geschlossen werden.

Gründe. Die Arbeitgeber im Saargebiet sind der Ansicht, daß es genügt, in solchen Orten die „neuen Vertragsbestimmungen“ durchzuführen, also die Arbeitszeit zu verkürzen, die Löhne zu erhöhen usw., daß es aber nicht erforderlich ist, einen formellen Vertrag zu schließen, zumal dann nicht, wenn eine örtliche Partei keinen Vertrag abschließen will. Die Arbeiterorganisation steht auf dem entgegengekehrten Standpunkt.

Die Bestir... der Entscheidung IV, Ziffer 3 vom 16. Juni 1910, wonach in solchen Orten „die neuen Vertragsbestimmungen gelten“, erfordert nach dem Zusammenhang, in dem sie steht (unter der Überschrift: IV. Besondere Bestimmungen für den Abschluß der örtlichen Verträge), den Abschluß eines örtlichen Vertrags. Auch ist es unhaltbar und würde zu Schwierigkeiten führen, wenn für einzelne Gebiete wohl der zwischen den Zentralorganisationen geschlossene, also auch diese Gebiete umfassende Hauptvertrag als geschlossen gilt, aber kein Ortsvertrag besteht, der nach § 7 des Hauptvertrages ein wesentlicher Teil dieses Hauptvertrages ist.

Entscheidung 4.

Der zwischen den örtlichen Organisationen in Grabow vereinbarte Zusatz über kürzere Arbeitszeit an einzelnen Tagen ohne Lohnabzug ist als protokolllarische Erklärung aufzunehmen, aber in engem Zusammenhang mit dem Ortsvertrag zu drucken.

Gründe. In Grabow haben sich die örtlichen Organisationen darüber geeinigt, daß am Sonnabend und an den Tagen vor den hohen Feiertagen eine halbe Stunde eifer ohne Lohnabzug Arbeitslohn sein soll. Die Arbeiterorganisationen verlangen, daß diese Bestimmung in den Ortsvertrag aufgenommen wird, die Arbeitgeber, daß sie als Erklärung zu Protokoll behandelt wird.

Die zwischen den Parteien getroffene Vereinbarung bedeutet eine Ausnahme von der Bestimmung im § 6 des Ortsvertrages. Für ihre rechtliche Gültigkeit ist es gleichgültig, ob sie in den Vertrag eingefügt wird oder ob sie als protokolllarische Erklärung bezeichnet wird. Da in Grabow eine gleichlautende Bestimmung bisher als protokolllarische Erklärung bestand, da ferner der zwischen den Parteien vereinbarte Hauptvertrag und das Vertragsmuster durch protokolllarische Erklärungen ergänzt sind, so besteht kein Bedenken dagegen, auch für Grabow diesen Weg zu wählen. Es muß nur Vorsorge getroffen werden, daß diese Vereinbarung dieselbe Deutlichkeit erlangt wie der Ortsvertrag, daß sie also als protokolllarische Erklärung im Anfang zu dem betreffenden Paragraphen dieses Vertrags oder im Nachtrag zu dem ganzen Vertrag gedruckt wird.

Entscheidung 5.

Der Ortsvertrag geht der Geschäftsordnung der Schlichtungskommission vor und kann durch sie nicht geändert werden.

Die Dresdener örtlichen Schlichtungskommissionen wählen ihren Vorsitzenden und dessen ersten Stellvertreter aus den Arbeitgebermitgliedern.

Gründe. Im Dresdener Tarifverträge vom 9. August 1910 ist durch § 8, Abs. 1 festgesetzt, daß in den Schlichtungskommissionen der Vorsitz ein Arbeitgeber führt. Ueber die zugehörige Bestimmung der Geschäftsordnung ist Streit entstanden, den die zweite Instanz nicht erledigt hat. Die Zimmererorganisation wünscht, daß der Vorsitzende und dessen Stellvertreter aus den Kommissionenmitgliedern, und zwar der erste Stellvertreter aus den Arbeitern zu wählen sei. Die Arbeitgeber wollen den Vorsitzenden und ersten Stellvertreter von den Arbeitgebern aus ihrer Mitte gewählt haben. Der § 8 des Tarifvertrages sieht keine Beschränkung des Wahlrechts der Kommissionenmitglieder vor. Gemäß allgemeiner Übung ist daher anzunehmen, daß alle wahlberechtigt sind, zumal bei einer paritätischen Instanz, die das Vertrauen beider Seiten beansprucht. Da in Dresden bislang auch der erste Stellvertreter aus den Arbeitgebern gewählt worden ist, soll es dabei zweckmäßig verbleiben.

Entscheidung 6.

Der in Ortrand am 14. August abgeschlossene Tarifvertrag ist von den Arbeitgebern unterschrieben anzuerkennen.

Gründe. In Ortrand waren auf Arbeitgeberseite zwei Herren an der Vertragsverhandlung beteiligt. Der eine von beiden, Maurermeister Hoffmann, hat seinen Geschäftsführer bevollmächtigt, am 14. August für ihn den Ortsvertrag mit den örtlichen Organisationen zu vereinbaren, hat sich aber wenige Tage später geweigert, den so vereinbarten Vertrag zu unterschreiben. Da die Vertretung ausreichend legitimiert ist, kann die Unterzeichnung nicht verweigert werden.

Entscheidung 7.

Entscheidungen zweiter Instanz über alle Streitigkeiten im Sinne der Entscheidung III vom 16. Juni 1910 müssen im allgemeinen Aufsetzungen gegenüber als endgültig angesehen werden. Das Zentral-Schiedsgericht behält sich insofern vor, ausnahmsweise hiervon abzuweichen, insbesondere wenn

- 1. die angefochtene Entscheidung der zweiten Instanz gegen den Sinn der Berliner und Dresdener Entscheidungen verstoßen hat,
- 2. sonst in den abhängigen auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Zentral-Schiedsgerichts stehenden Streitfällen nach dem Urteil des Zentral-Schiedsgerichts der Abschluß eines Ortsvertrages nicht zu erwarten steht.
- Außerdem entscheidet das Zentral-Schiedsgericht, wenn
- 3. keine zweite Instanz bestanden hat,
- 4. eine vorhandene zweite Instanz die Entscheidung abgelehnt hat.

Gründe. Durch die Dresdener Entscheidung III vom 16. Juni 1910 sind alle noch bestehenden Streitigkeiten über drückliche Vertragszusage an zweite Instanzen zurückverwiesen worden, die hierüber bis zu einem gewissen Termin endgültig entschieden sollten. In der Begründung hierzu sind noch Grundzüge für die Zusammenfassung dieser zweiten Instanzen gegeben worden. Die Bezeichnung zweite Instanz erfordert nicht, daß zuvor eine erste Instanz gesprochen hat, sondern bezieht sich nur auf die Zusammenfassung dieser Instanz, insbesondere die Teilnahme eines unparteiischen Vorsitzenden, der nach den Verträgen von 1908 in der ersten Instanz meistens nicht vorhanden ist. Es haben nun nicht überall solche zweite Instanzen bestanden, noch sind sie errichtet worden; auch haben einige zweite Instanzen die Entscheidung abgelehnt. Die so entstandene Lücke hindert das Zustandekommen nicht weniger Verträge. Dies widerspricht aber den Berliner und Dresdener Entscheidungen, wie dem Ziel des ganzen Vertragsabschlusses. Da das alte Schiedsgericht mit der Abgabe der Berliner und Dresdener Entscheidungen seine Aufgabe erledigt hat und nicht mehr besteht, so kann zur Ausfüllung dieser Lücke nur auf das Zentral-Schiedsgericht zurückgegriffen werden. Das Zentral-Schiedsgericht ist durch den am 16. Juni 1910 geschlossenen Hauptvertrag von den Parteien eingesetzt und für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag zuständig. Da nach § 7 des Hauptvertrags die Einzelverträge zugleich Teile des Hauptvertrags sind, ist auch formell die Zuständigkeit des Zentral-Schiedsgerichts für das Zustandekommen dieser Einzelverträge nicht zu beanstanden.

Wo die zweite Instanz entschieden hat, muß es im allgemeinen dabei verbleiben. In einigen Fällen sind in diesen Entscheidungen ergangen, die gegen den Sinn der Berliner und Dresdener Entscheidungen verstoßen. Infolge hiervon liegen vereinzelt für benachbarte Gebiete abweichende Entscheidungen über dieselben Angelegenheiten vor, woraus erhebliche Schwierigkeiten und unter Umständen eine Gefährdung des ganzen Tarifwerks entstehen kann. Dem vorzubeugen, ist auch eine der Aufgaben des Zentral-Schiedsgerichts. Dies kann es nur, wenn es in solchen Fällen angefochtene Entscheidungen zweiter Instanzen ausnahmsweise nachprüft und gegebenenfalls abändert oder zurückweist.

Endlich liegen noch einige Fälle vor, in denen nach den eigentümlichen örtlichen Verhältnissen und nach Auffassung des Zentral-Schiedsgerichts der erforderliche Abschluß eines Ortsvertrags nicht zu erwarten ist, wenn nicht die Autorität des Zentral-Schiedsgerichts eingreift. Es wird sich dem daher aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht entziehen können. Allerdings behält es sich hierbei vor, in jedem einzelnen Falle sorgsam zu prüfen, ob jene Voraussetzungen wirklich zutrifft; ferner will es diese Befugnis nur auf die bereits anhängigen 152 Sachen erstrecken, um so zu verhüten, daß örtliche Organisationen oder auch Tarifinstanzen sich ihre Pflichten erleichtern in der Erwartung, ihre schwierigeren Angelegenheiten durch das Zentral-Schiedsgericht erledigt zu erhalten.

Entscheidung 8.

Für den Begriff der zweiten Instanz im Sinne der Entscheidung III vom 16. Juni 1910 sind die zugehörigen Ausführungen der Begründung maßgebend. Wird eine Sache an die zweite Instanz zurückverwiesen, so geht sie nicht an eine Instanz auf Grund der neuen Verträge, sondern an die Instanz alten Vertrags, mag diese noch bestehen oder nach den Vorschriften des alten Vertrags von Fall zu Fall zu bilden sein. Das Zentral-Schiedsgericht behält sich vor, erforderlichenfalls die Zusammenfassung dieser Instanz, insbesondere die Bezeichnung ihres Vorsitzenden zu bestimmen. Zurückverwiesene Sachen sollen bis zum 20. März 1911 erledigt sein.

Gründe. Ueber Angelegenheiten im Sinne der Entscheidung III vom 16. Juni 1910 haben die zweiten Instanzen zu entscheiden, die auf Grund der alten Verträge bestanden oder gemäß der Begründung zu III auszubauen waren. In Fällen, wo eine Sache dort gar nicht oder nicht völlig entschieden ist und vom Zentral-Schiedsgericht an diese zweite Instanz zurückverwiesen werden muß, besteht die Schwierigkeit, daß jene alte Instanz seit längerer Zeit außer Tätigkeit ist und daher vielfach nicht mehr besteht. Trotzdem muß daran festgehalten werden, daß diese alte Instanz gemäß dem Dresdener Schiedsspruch für derartige Entscheidungen zuständig ist, mag sie noch bestehen oder nach den Vorschriften der früheren Verträge neu zu bilden sein. Wo dies nicht möglich ist oder wo die Zusammenfassung dieser Instanzen, namentlich die Zuziehung des unparteiischen, zu Schwierigkeiten geführt hat, muß das Zentral-Schiedsgericht in jedem einzelnen Falle eine besondere Vorschrift über die Bildung dieser Instanzen geben.

Entscheidung 9.

Die Weigerung des Arbeitgeberverbandes in Schweidnitz, einen Ortsvertrag auf Grund der Berliner und Dresdener Entscheidungen mit der örtlichen Organisation des Zentralverbandes der Zimmerer abzuschließen, ist unzulässig.

Gründe. Die Arbeitgeber in Schweidnitz haben, wie nicht bestritten ist, die Zimmerer im Frühjahr 1910 ausgesperrt und lehnen nun einen Vertragsabschluss ab. Nach Entscheidung IV, 3 des Dresdener Schiedsgerichts vom 16. Juni 1910 muß für Schweidnitz ein örtlicher Tarifvertrag auf Grund der Berliner und Dresdener Schiedssprüche und Vereinbarungen abgeschlossen werden.

Entscheidung 10.

Die Weigerung des Arbeitgeberverbandes in Schönlanke, mit den örtlichen Organisationen des Deutschen Bauarbeiterverbandes und des christlichen Bauarbeiterverbandes einen Ortsvertrag abzuschließen, ist unzulässig.

Gründe. Der Arbeitgeberverband in Schönlanke hat die Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und des christlichen Bauarbeiterverbandes dorthin im Frühjahr 1910 ausgesperrt. Zu einer auf den 11. Juli 1910 vereinbarten Zusammenkunft über den Abschluß eines Vertrags sind die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes nicht erschienen; der Syndikus des Arbeitgeberverbandes für die Provinz Posen hat erklärt, es sei ihm nicht möglich, die Mitglieder des Schönlanke Verbandes zur Teilnahme an der Verhandlung zu bewegen. Nach dem Schiedsspruch IV, 3 vom 16. Juni 1910 sind die Arbeitgeber in Schönlanke zum Abschluß eines Vertrags verpflichtet. Nach der Entscheidung IV, 2 ist der Deutsche Arbeiterbund verpflichtet, mit allen Mitteln wiederholt auf den Abschluß eines Vertrags auch in Schönlanke hinzuwirken. Der Arbeiterbund wird daher sofort das Erforderliche zu veranlassen haben.

Entscheidung 11.

Die Weigerung des Arbeitgeberverbandes für die Neumark, zu Trebitz einen Ortsvertrag mit der örtlichen Organisation des Deutschen Bauarbeiterverbandes abzuschließen, ist unzulässig.

Gründe. Ein Trebitzischer Mitglied des Arbeitgeberverbandes Neumark hat im Frühjahr 1910 die Maurer ausgesperrt. In seinem Auftrage hat ein Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes für die Neumark mit den Arbeitern am 10. Juli in Küstrin über einen Vertragsabschluss verhandelt. Ein Abschluß ist nicht erzielt. Nach dem Dresdener Schiedsspruch IV, 3 vom 16. Juni 1910 sind die Zentralorganisationen verpflichtet, ihre örtlichen Organisationen zum Abschluß von Verträgen anzuhelfen. Wo örtliche Organisationen nicht bestehen, erstreckt sich die Pflicht nach dem Sinne der Schiedssprüche auf die an dem betreffenden Orte vorhandenen Mit-

glieder; zu vergleichen ist hierüber auch die Entscheidung Nr. 1. Da für Trebitz die Voraussetzung des Dresdener Schiedsspruchs IV, 3 vorliegt, so darf der Abschluß nicht verweigert werden.

Entscheidung 12.

Die Weigerung des Arbeitgeberverbandes für Kottbus, mit den örtlichen Organisationen des Deutschen Bauarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Zimmerer einen Ortsvertrag abzuschließen, ist unzulässig.

Gründe. In Kottbus hat der dortige Arbeitgeberverband im Frühjahr 1910 Arbeiter ausgesperrt. Verhandlungen auf Abschluß eines Ortsvertrags waren in Aussicht genommen, haben aber auf Veranlassung der Arbeitgeber nicht stattgefunden. Am 29. Juli erklärte der Verband der Arbeitgeber in Kottbus, keinen Vertrag mit dem Deutschen Bauarbeiterverband schließen zu wollen, zumal weitgehend vor der Aussperrung kaum 10 Prozent der Arbeiter den Zentralorganisationen angehört hätten; außerdem hätten sie bereits mit ihren „im alten Gewerbe“ organisierten Gesellen und Arbeitsbedingungen vereinbart, die sich mit den Anträgen der Zentralorganisationen zum größten Teil deckten. Da Kottbus an der Lohnbewegung im Jahre 1910 beteiligt gewesen ist, so trifft die Entscheidung IV, 3 vom 16. Juni 1910 auch für Kottbus zu. Die größere oder geringere Stärke einer Organisation ist gemäß Entscheidung Nr. 2 des Zentral-Schiedsgerichts unerheblich. Der Arbeitgeberverband ist daher verpflichtet, einen Ortsvertrag mit den örtlichen Organisationen abzuschließen. Der Vertrag mit dem alten Gewerbe kann, sofern er gleichartige Bestimmungen enthält, nach Entscheidung IV, 2, Abs. 2 wohl daneben bestehen, genügt aber allein nicht.

Entscheidung 13.

Die Weigerung der örtlichen Organisation der Arbeitgeber für das Baugewerbe im Amtsbezirk Schoppsheim, einen Ortsvertrag mit der örtlichen Organisation des Zentralverbandes der Zimmerer abzuschließen, ist unzulässig.

Gründe. Die Zimmermeister im Amtsbezirk Schoppsheim bilden eine Zwangsinnung, die dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Baden angeschlossen ist und die Zimmerer in Schoppsheim und Umgegend im Frühjahr 1911 zum Teil ausgesperrt hatte. Trotz mehrfacher Bemühungen der Arbeiter wegen Abschluß eines Tarifvertrages sind keine Verhandlungen in Gang gekommen. Da Schoppsheim an der Bewegung im Jahre 1910 beteiligt war, so sind die Arbeitgeber nach der Entscheidung IV, 3 vom 16. Juni 1910 verpflichtet, einen Ortsvertrag nach dem Vertragsmuster und den Entscheidungen abzuschließen.

Entscheidung 14.

Die Weigerung der Arbeitgeberorganisation in Lissa in Posen, einen Ortsvertrag mit der örtlichen Organisation des Zimmererverbandes abzuschließen, ist unzulässig.

Gründe. Der Arbeitgeberverband in Lissa hat die Zimmerer in Lissa im Frühjahr 1910 ausgesperrt und weigert sich ungeachtet der Anweisung seines Posenen Bezirksverbandes einen Ortsvertrag abzuschließen. Nach der Entscheidung IV, 3 vom 16. Juni 1910 besteht diese Pflicht unzweifelhaft. Auch ist nach der Entscheidung IV, 2 vom 16. Juni 1910 der Deutsche Arbeiterbund zur wiederholten Einwirkung mit allen Mitteln verpflichtet.

Jahresberichte der Bezirke.

Bezirk Paderborn.

Das Jahr 1910 ist vorüber, und es muß festgestellt werden, daß es ein Kampfsjahr war, wie nie zuvor eines. Schon im Jahresbericht von 1909 wurde auf die Bestrebungen des Arbeiterbundes hingewiesen, welche den Kampf mit den Arbeitern des Baugewerbes unter allen Umständen herbeiführen mußten. Unter der Voraussetzung des Kampfes war die Bautätigkeit nicht besonders gut, und in einzelnen Orten haben die Unternehmer die Arbeit zurückgehalten, bis nach Beendigung desselben. Nachdem der Kampf vorüber war, besserte sich die Konjunktur im allgemeinen, besonders gut war sie im Lothringgebiet. Dort selbst hat die Ausdehnung der Zement- und Kalkindustrie auch die private Bautätigkeit erheblich gefördert. Im dritten und vierten Quartal ließ die Bautätigkeit im allgemeinen wieder nach und eine große Anzahl Kollegen wanderte in das Industriegebiet. Das Jahr 1911 scheint eine bessere Bautätigkeit zu bringen. In Paderborn wird eine neue Eisenbahnwerkstätte gebaut, in Bedum sollen neue Zementwerke errichtet werden, in Bippstadt steht der Neubau eines Krankenhauses bevor und aus andern Orten sind ebenfalls größere Bauarbeiten gemeldet, so daß die Hoffnung besteht, daß die steigende Arbeitslosigkeit auch eine Mitgliederzunahme mit sich bringen wird.

Der Kampf, welcher am 15. April seinen Anfang nahm, warf seine Schatten lange voraus, und somit war keine gute Arbeitsgelegenheit vorhanden. Aus diesem Grunde konnte eine Mitgliederzunahme nicht verzeichnet werden. Der Kampf, der sich über den ganzen Bezirk ausbreitete, erforderte alle Kräfte, und so blieb zur Agitation keine Zeit. Jedoch hätte seitens der Kollegen mehr geleistet werden können, wenn die Hausagitation und das Baudelegiertenwesen besser durchgeführt würde.

Die wirtschaftliche Bewegung war so umfangreich wie nie zuvor. Von der Aussperrung wurden im Bezirk Paderborn 684 Kollegen betroffen, ferner kamen hinzu 306 Kollegen, welche im Industriegebiet ausgesperrt waren. Die Unternehmer haben selbst vor dem Tarifbruch nicht zurückgekehrt. In Umlingen bestand Vertrag bis 31. März 1911, aber der Arbeitgeberbund vom Herzogtum Braunschweig forderte die Aussperrung, und die Unternehmer von Umlingen haben dem auch unsere Mitglieder ausgesperrt. Auf die Einzelheiten der Aussperrung einzugehen, erübrigt sich, weil darüber genügend Aufklärung gegeben ist. Außer der allgemeinen Aussperrung kam es in folgenden Orten zum Kampf. In Steinhagen hatte der Unternehmer Dörmel die Reparaturwerkstatt auf der Flegelerei Hof auszufahren. Er setzte den Stundenlohn herab von 45 auf 36 Pf. Gütliche Besprechungen halfen nichts, und darauf wurde die Arbeit niedergelegt. Der Kampf dauerte 9 Wochen und endete damit, daß der alte Lohn von 45 Pf. weitergezahlt wurde. In Marsberg hatten die Kollegen eine Forderung eingereicht, welche eine Aufbesserung des Lohnes um 5 Pf. pro Stunde vorsah. Eine friedliche Lösung gab es nicht, weil die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigten. Am 29. August wurde die Arbeit niedergelegt und am 5. September fand eine Verhandlung unter dem Vorsitz des Herrn Amtmann Petrasch statt. Es wurden 5 Pf. Lohnzulage laut dem Dresdener Schiedsspruch erreicht. In Werther wurde die Arbeit eingestellt am 15. August; am 30. November kam es zur Beilegung des Kampfes, nachdem eine Lohnaufbesserung von 5 Pf. pro Stunde durch Vertrag festgelegt war. In Lage wurde am 19. August die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer nicht genügend Zugeständnisse gemacht hatten. Der Kampf wurde am 23. Oktober beendet, nachdem ein Unternehmer den Vertrag unterzeichnete und somit die Kollegen alle in Arbeit treten konnten. Für die übrigen Betriebe ist noch keine Einigung erzielt, somit besteht der Kampf weiter.

Die Erfolge im Bezirk Paderborn, welche durch die Aussperrung und Streik errungen sind, seien nachstehend angegeben. Es wurde während der Vertragsdauer für 104 Kollegen ein Mehrlohn von 3 Pf. pro Stunde, für 44 Kollegen 4 Pf. pro Stunde, für 922 Kollegen 5 Pf. pro Stunde, für 10 Kollegen 6½ Pf. pro Stunde, für 22 Kollegen 7½ Pf. pro Stunde erreicht. Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde erhielten

23 Kollegen und für 52 Kollegen wurde ½ Stunde Verkürzung der Arbeitszeit erzielt. In 23 Verwaltungsstellen laufen die Verträge bis zum 31. März 1913, ferner ein Vertrag bis 31. März 1914 und ein Vertrag bis 31. März 1912. Außer Vertrag sind neun Verwaltungsstellen. Der Schiedsspruch in Paderborn, ganz gleich, wie man sich zu bemessen stellt, hat für den Bezirk Paderborn einen guten Fortschritt gebracht.

Die meiste Zeit nahm die Lohnbewegung in Anspruch, denn der Bezirk war ziemlich ganz in die Bewegung hineingerissen. Ferner dauerten die Bewegungen nach der Aussperrung in einigen Orten ziemlich lange, so daß seitens der Bezirksleitung nicht genügend Agitation betrieben werden konnte. Während der Aussperrung wurde seitens der Zentrale eine Hilfskraft der Bezirksleitung zugeteilt. Kollege Josef Wergenthal aus Hirschfeld hatte die Kontrolle im Kreise Pyrtz auszuführen und Auszahlung der Unterstellungen vorzunehmen. Was in der Agitation zu leisten war, ist geschehen. Die ganze Struktur des Bezirkes ist rein ländlich und es bedarf noch vieler Mühe, um den Gedanken der Arbeiterbewegung in der Bauarbeiterschaft zu befestigen. Ein Mangel muß gefügt werden, nämlich, daß zu wenig Kollegen bereit sind, die Geschäftsführung zu übernehmen und tatkräftig mitzuwirken. Hier muß Wandel geschaffen werden, damit Kräfte genügend vorhanden sind, denn die Bezirksleitung ist nicht imstande, überall zu den Versammlungen zu erscheinen.

Die Organisation der Unternehmer ist innerhalb des Bezirkes ziemlich gut ausgebaut, und durch die Aussperrung sind die Reihen der Unternehmer weiter gestärkt. Es kommen in Betracht der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Lippe, der Nordwestdeutsche Arbeitgeberbund in Hannover und der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Herzogtum Braunschweig.

Zu den gegnerischen Organisationen besteht das nächste Verhältnis. In Hildesheim versucht man systematisch, gewisse Kollegen in den sozialdemokratischen Verband zu zwingen, während in den übrigen Orten ein leidliches Zusammenarbeiten möglich ist.

Der Bauarbeiterschutz ist in einigen Orten besser geworden, aber es muß noch viel getan werden, damit einigermaßen zufriedenstellende Verhältnisse geschaffen werden. Der Verbandsbesuch war während der Bewegung gut, ließ aber nach derselben nach. Hier muß entschieden Wandel geschaffen werden.

Die Bezirksleitung nahm teil an 95 Mitgliederversammlungen, 35 öffentlichen Versammlungen, 100 Vorstandssitzungen und Besprechungen, einschließlich Kontrollen und Abrechnungen, 3 gemeinschaftlichen Versammlungen mit den „freien“ Verbänden, 9 Tagen an Konferenzen, 5 Parteisitzungen, 16 Sitzungen des Eingangsamtes, desgleichen an den beiden Generalversammlungen in Berlin und an den Verhandlungen mit dem Deutschen Arbeitgeberbund in Berlin und Dresden. Bei den Lohnbewegungen waren 146 Reisen notwendig, einbezogen die Verhandlungen mit den Unternehmern an den einzelnen Orten. Des weiteren hielt der Bezirksleiter 5 Vorträge in Unterdistrikten, in anderen christlichen Verbänden 6 Vorträge und in den konfessionellen Vereinen 5 Vorträge. Durch Hilfskräfte wurden 20 Versammlungen und 10 Vorstandssitzungen abgehalten. 400 Handzettel und Einladungen wurden im Bureau hergestellt. Der schriftliche und mündliche Verkehr mit den Verwaltungs- und Zahlstellen war sehr reger. Es gingen ein 327 Briefe, 276 Karten, 117 Druckfachen, 17 Depeschen, 31 Postanweisungen und 27 Pakete. Es gingen aus 343 Briefe, 372 Karten, 652 Druckfachen, 59 Telegramme, 22 Postanweisungen und 26 Pakete.

Der vorstehende Bericht gibt Aufschluß, was im Jahre 1910 geleistet wurde. Ein Jahr schweren Kampfes und arbeitsreicher Tätigkeit liegt hinter uns. Der Sturm, welchen die Unternehmer zur Niederdrückung der Bauarbeiter ausführten, er wurde abgeblasen und bedeutende Vorteile kamen den Arbeitern zugute. Es muß nun Aufgabe aller Kollegen sein, das Errungene festzuhalten und die Jahre des Friedens zu benutzen zum Ausbau der Organisation nach innen und außen. Bei gutem Willen und etwas Opferwilligkeit muß diese Stärkung erreicht werden. Auf zu frischer, fröhlicher Arbeit für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, denn der Kampf im Jahre 1910 hat den Beweis erbracht, daß die Interessen der Bauarbeiter in der christlichen Organisation gut gewahrt sind. In dieser Stelle sage ich allen Kollegen Dank, welche zum Wohle des Verbandes mitgearbeitet haben. Ich spreche die Bitte aus, daß sie auch in Zukunft mitarbeiten an den hohen Aufgaben der christlichen Arbeiterbewegung. Darum vorwärts, nach dem Grundsatz: „Einer für alle, und alle für einen“. Im eblen Wettkampfe müssen alle Kräfte entfaltet werden, dann wird das Jahr 1911 uns reiche Früchte bringen, denn nur Ausdauer führt zum Ziel.

Paderborn. Friedrich Wernet.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Winteragitation im Gebiete Fulda.

Unsere Winteragitations-Versammlungen gingen eine Konferenz am 4. Januar voraus, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Es waren Delegierte aus vier Kreisen erschienen. Es gibt keinen Ort in diesem Gebiet, in welchem nicht eine größere Anzahl Bauarbeiter wohnen, die zum weitläufigsten Teil den Wanderstab ergreifen und in der Industriegegend ihre Brot zu verdienen suchen. Es wurden im ganzen 23 öffentliche Versammlungen abgehalten. Die Mehrzahl derselben war gut besucht. Leider hatten auch einige (wo man es nicht erwartet hätte) einen geringen Besuch. Hier liegt es an den Kollegen selbst, da es Orte sind, wo viele Bauarbeiter in Frage kommen. Aber keiner will im Winter in seiner Gemütsruhe gestört werden. Da fehlt auch oft die planmäßige Vorbereitung der Versammlung durch den Vorstand. Dieses muß in Zukunft besser werden. Es müssen sich mehr Kollegen finden, die zur Mitarbeit bereit sind. Hier darf der Sozialpatriotismus nicht einfließen und der Ortsflaß muß schwinden. An dessen Stelle müssen unsere Gewerkschaftsideen mehr zur Erörterung kommen. Darum in Zukunft mehr gewerkschaftliche Arbeit in den Winterzahlstellen. Die Versammlungsbesucher sollten sich die Pflicht auferlegen, die Unorganisierten, sowie ihre wertigen Mitbürger in die öffentlichen Versammlungen mitzubringen. In allen Versammlungen wurde zu planmäßiger Hausagitation aufgefordert. Auch diesem Punkte müßte mehr Beachtung geschenkt und noch mehr getan werden. Es gibt genug Orte, wo die Organisierten fast stets die Versammlungen schwänzen, was man aber im Sommer, zur Zeit der Aussperrung, nicht sagen konnte. Da waren dies die ersten. Hier sollte mehr Kontrolle seitens des Zahlstellen-Vorstandes ausgeübt und solchen Kollegen ein Aufstellungsbefehl abgefordert werden. Zeit ist genug vorhanden. Was nützen die besten Versammlungen, wenn sonst nichts getan wird. Was sollen die Bürger denken, die uns achten und respektieren sollen, wenn wir selbst nicht gewerkschaftlich tätig sind, und uns Geltung zu verschaffen suchen. Beispiele vom Sommer 1910 sind doch noch genug in Erinnerung, wo unsere Kollegen über Mäßigkeit klagten. Da soll und muß unbedingt eine Besserung eintreten. Die größeren Zahlstellen können sich ein Beispiel nehmen an den kleineren, wie Madenzell, Wengers,

Ruhkirchen, wo die Kollegen vollständig erschienen und auch in der Agitation ihren Mann gestellt haben. Diese Mühe ist mit einer Reihe Neuaufnahmen belohnt worden. Darum mehr Werberarbeit im Punkte Agitation im Winter, damit die sogenannten Blauen oder Dittbeberger der Organisation zugeführt und erhalten bleiben. Auf diesem Wege könnten noch mehrere hundert Kollegen gewonnen werden, wenn jeder sich in den Dienst der guten Sache stellt. Es würde mehr erzielt werden, als mit der grundlosen Märgel, die man allzu viel antritt. Mehr Mitarbeit, dieses gilt auch für die Kollegen der Verwaltungsbelle Fulda. Öffentlich stellen unsere guten Blauen sich alle in den Dienst der Werberarbeit, damit das Besäumte nachgeholt und in diesem Jahre 50 000 Mitglieder erreicht werden, um im kommenden Winter keine Indifferente mehr im Agitationsgebiet Fulda anzutreffen, zu unserm Schutz und dem Gegner zum Trutz.

Gipser und Stukkateure.

Mannheim. In letzter Zeit wird es wohl manchem unserer Kollegen aufgefallen sein, daß man von den christlichen süddeutschen Gipsern und Stukkateuren so wenig zu hören bekam. Dies ist der Öffentlichkeit zu entschuldigen, halten wir nicht für notwendig, aber so viel wollen wir doch sagen, daß wir die Meinung vertreten, daß mehr Taten mit wenig Worten mehr wert ist, wenigstens für uns christliche Gipser, als wie viel Worte mit wenig Taten. Doch auch anderen Leuten sei unsere Schwermut in der Öffentlichkeit auf, und diese Leute trümen sogar schon laut davon (siehe „Stukkateur“ Nr. 4), daß die christlichen Gipser in Süddeutschland so langsam aus der Öffentlichkeit verschwinden würden. In Mannheim glaubt man sogar schon fest daran, die christlichen Gipser gar nicht mehr erwähnen zu brauchen. Wenn anders, wie könnte es da vorkommen, daß hier die Tarifkommission ein Flugblatt verbreitet und eine öffentliche Versammlung einruft, ohne daß wir etwas davon wußten, wo doch zwei unserer Leute der Tarifkommission angehören. Sollten diese Leute etwa mit solchen Phantasien befaßt sein, daß die christlichen Gipser in Süddeutschland so langsam anfangen, für sie Luft zu werden, so möchten wir nur das eine sagen, daß sie sich etwas verrechnet haben. Wenn der Artikelschreiber in Nr. 4 des „Stukkateur“ von der Agitation schreibt, daß die „freien“ Gipser in Süddeutschland bei ihrer Agitationsarbeit auf dem richtigen Wege sind, wollen wir ja das gern zugestehen, vielleicht in ihrem Sachverstand auf dem Papier, aber in der Tat, das bezweifeln wir. Doch wenn der Schreiber dieses Artikels in einem Flugblatt nachfolgendes zu schreiben wagt, so wollen wir ihm doch ganz energisch sagen, daß, wenn er etwas nicht weiß und die Verhältnisse am Orte nicht kennt, er auch nicht schreiben soll, sei er nun sozialdemokratischer Gewerkschaftsbeamter oder sonst etwas, das ist ganz gleich. Er schreibt in dem vorgenannten Artikel folgendes: „Wie jeder Ständige weiß, richtete sich das seinerzeitige Vorgehen der freien Gipser in Mannheim gegen die christlichen in keiner Weise gegen religiöse Bestimmungen der in Frage kommenden Kollegen, sondern dagegen, daß sie von ihren Leitern irreführt, sich von den Unternehmern als Lohnknecht gebrauchen ließen. Die Zeit hat auch hierüber ihr Urteil gesprochen. Denn während man christlich organisierte Gipser in Mannheim soviel wie gar nicht mehr erwähnt, steht unsere Zahlstelle in voller Blüte. Rund 250 Kollegen stehen treu zu unserer Fahne, jederzeit bereit, für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, die Durchführung der tariflichen Rechte, mit aller Entschiedenheit einzutreten.“ Wir christlichen Gipser von Mannheim erklären dagegen und werden dafür zu jeder Zeit die Beweise erbringen, daß im Jahre 1906 von den Gipsern in Mannheim ein Kampf geführt wurde, wo es hieß: Hier frei organisiert, hier christlich organisiert. Wie dieser Kampf geführt wurde, das wird wohl mancher von den christlichen Gipsern in Mannheim nicht so leicht verstehen können, wenn er auch kein Leiter war. Ferner sind die Christlichen im Jahre 1907 dafür eingetreten, daß der Afford auf 37 Pf. kam, während die „frei“ organisierten Gipser von 1906 bis zur Ausperrung 1910 unter Tarif arbeiteten, ja, im Afford bis zu 28 Pf. heruntergingen, was von Meistern bei den Tarifverhandlungen im Juli 1910 schriftlich bewiesen wurde. Auch können wir feststellen, daß wir in Mannheim in unserer Zahlstelle an Mitglieder zugenommen haben und daß bei der letzten öffentlichen Versammlung des „freien“ Verbandes, wo es sich doch, wie der Artikelschreiber auch wissen wird, um Tariffragen handelte, kaum 60 Mann anwesend waren. Auf das übrige in dem erwähnten Artikel wollen wir folgende Antwort geben: Die „freien“ Gewerkschaften stehen, wie durch ihre geschichtliche Entwicklung nachgewiesen ist, parteipolitisch auf sozialdemokratischem Standpunkt. Sie huldigen dem Materialismus und sind deshalb religionsfeindlich, was der „Stukkateur“ schon oft bewiesen hat. Sie arbeiten für die Sozialdemokratie und leisten ihr Hilfe zum Unfug der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Aus diesen Gründen darf kein protestantischer noch katholischer Gipser, der etwas auf seine Religion hält, sich dem „freien“ Stukkateurverbande anschließen, sondern er muß sich seiner Ueberzeugung gemäß christlich organisieren. Das möge sich der Schreiber im „Stukkateur“ merken. Aber auch die Gipser im Geiseltale mögen sich das merken. Es ist nicht etwa beschämend, wenn eine Tagespresse (Sunderberg B.) schreibt, die katholischen Gipser hätten nicht den Mut, einem Gegner entgegenzutreten. Sorgen wir christlichen Gipser in Süddeutschland dafür, daß derartiges nicht mehr vorkommt. Enger wollen wir uns in Zukunft zusammenschließen. Die Zahlstellen der christlichen Gipser in Süddeutschland sind sich noch sehr entfremdet, es könnte da viel mehr zusammen gearbeitet werden, hauptsächlich in der Agitation. Mögen sich die einzelnen Zahlstellen der christlichen Gipser, hauptsächlich im Elsaß, in Baden und Württemberg, mit dieser Frage in nächster Zeit etwas befassen, es möchte so manches leichter herbeiführt werden können. Nicht immer dürfen wir schweigen, das sehen wir an unseren Gegnern, sondern auch wir müssen einmal ein ernstes Wort reden. Noch so manche Zahlstelle könnte ins Leben gerufen werden, wenn wir mehr Fühlung miteinander hätten. Lesen wir den Bericht in Nr. 5 des „Süddeutschen Arbeiter“ (Arbeitervereinsblatt) von den Gipserversammlungen in Deggingen und Umgebung Kollegen, unsere Parole muß in nächster Zeit heißen: Auf zur gemeinsamen Arbeit, alle christlich gestimmten Gipser müssen auch christlich organisiert sein, eher wollen wir nicht ruhen.“

Maurer.

München 1. W. Zu unserer diesjährigen Generalversammlung war Bezirksleiter Häuschen (Wochum) erschienen. Tagesordnung: 1. Bericht von der Hammer Konferenz, 2. Vorstandswahl, 3. Verlegung der Versammlungen, 4. Lokalwahl, 5. Vortrag des Bezirksleiters. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Konferenz gegeben, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt bzw. wiedergewählt die Kollegen: Heinz Stewing (Klosterstr. 24) als erster, Adolf Hingkamp als zweiter Vorsitzender; Wilhelm Beckmann (Wallstr. 45) als erster, Bern. Overbed als zweiter Kassierer; Heinz Kruse (Bergstraße) als erster, Heinz Petzold als zweiter Schriftführer; als Revisoren die Kollegen A. Kormüller und J. Koch; als Hauskassierer die Kollegen Seiler und Beckmann. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Die Versammlung wurde auf jeden ersten Sonntag des Monats verlegt und das Versammlungslokal beibehalten. (Wirt Fischer.) Der Bezirksleiter verbreitete sich in seinem Vortrage über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften und betonte dabei, daß mit einer Hausagitation hier am Orte noch viel zu erreichen sei. Mit einem kräftigen Hoch auf das fernere Wähnen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaften wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Udenbach. (Jahresbericht.) Am 29. Januar hielt unsere Verwaltungsstelle die Generalversammlung ab. Dieselbe war nach Narnbach und Eich stattgefunden hatten. Troppdem

die Generalversammlung gut bekanntgemacht, war dieselbe von Eich und Udenbach schlecht besucht. Es muß das gerügt werden. An den Erfolgen der Organisation will jeder teilnehmen; da ist es aber auch Pflicht, an den Versammlungen und den Organisationsarbeiten sich nicht vorbeizudrücken. Der Bezirksleiter, Kollege Lange, hielt zunächst einen kurzen Vortrag über die tiefen Ursachen des Zusammenschlusses der Arbeiterchaft in den christlichen Gewerkschaften. Schade, daß nicht alle Kollegen die interessanten Ausführungen gehört haben. Sie würden dann zweifellos mehr Interesse zeigen. Der Kollege Lange erstattete darauf den Jahresbericht. Er hob zunächst hervor, daß es dem Verband gelungen sei, einen neuen Tarif mit 5 Pf. Lohnserhöhung mit allen Unternehmern zu vereinbaren. Der Abschluß sei auf friedlichem Wege ermöglicht. Nur die Firma Groll u. Uitz habe durch eine halbtägige Sperre zur Anerkennung des Tarifes gezwungen werden müssen. Er ermahnte die Kollegen, dahin zu wirken, daß alle noch Fernstehenden für die Organisation gewonnen würden, damit der abgeschlossene Tarif mit den jährlich steigenden Löhnen auch innegehalten und durchgeführt werden könne. Der Kassierer, Kollege Fritz Fuchs, gab darauf den Kassenbericht. Danach betrug die Gesamteinnahme für die Zentrale 1168,80 M., die Gesamtausgabe für die Zentrale 194 M. In bar wurden an die Zentrale, einschließlich der 50 M., die dem Kaufpfonds überwiesen wurden, 1124,60 M. gesandt. Die Einnahme der Lokalkasse, einschließlich des Lokalkassenbestandes vom Vorjahr betrug 320,25 M., die Ausgabe 220,26 M. Der vorhandene Lokalkassenbestand beträgt rund 100 M. Die Kassenrevisoren fanden die Führung in guter Ordnung und wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Darauf schritt man zur Vorstandswahl. Gewählt wurden: Jos. Fickler als erster Vorsitzender, Anton Harenhäuser als zweiter Vorsitzender; Fritz Fuchs als erster Kassierer, Joh. Fuchs als zweiter Kassierer; Bartel Fuchs als Schriftführer; als Revisoren wurden die Kollegen Knapp und Schmitt wiedergewählt. Es wurde bedauert, daß der bisherige erste Vorsitzende, Kollege Heuwes, nicht anwesend war. Man hätte ihn gern wieder im Vorstand vertreten gesehen. Kollege Lange dankte dem alten Vorstand für die treue Pflichterfüllung und ermahnte die Neugewählten, auf dem Posten voll und ganz ihre Pflicht zu tun. Hierauf wurde die anregend verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Berlin (Maurer). Unsere am 10. Februar tagende Generalversammlung war ausnahmsweise sehr gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassen- und Jahresbericht, 2. Zentralisation sämtlicher Verufe zu einer Verwaltungsstelle, 3. Vorstandswahl, 4. Gewerkschaftliches und Verchiedenes. Koll. Garisch gab den Kassenbericht. Die Gesamteinnahme beträgt 10 248,05 Mark. Für die Zentralkasse eine Einnahme von 878,81 M., an Ausgaben für dieselbe von 689,87 M. Die Einnahme der Lokalkasse mit Bestand beträgt: 5176,50 M., Ausgabe 3212,10 M. Bleibt Bestand 1964,40 M. Auf Antrag der Revisoren wurde einstimmig die Decharge erteilt. Anschließend gab Koll. Garisch in kurzen Umrissen den Jahresbericht. Er führte etwa folgendes aus: Im vorigen Jahr, um dieselbe Zeit, wußte noch keiner, was das Jahr 1910 uns bringen wird. Dasselbe sei dahin, daran läßt sich allerdings nichts mehr ändern. Nur die eine Tatsache bleibt bestehen, daß das Jahr 1910 für die Bauarbeiter Deutschlands ein Jahr des Kampfes, aber auch ein Jahr des Sieges gewesen ist. Das Letzte e müßte für uns ein Ansporn sein, um an Opferinn und Solidarität nicht zu erlahmen. Denn nur der verdient die Freiheit und das Leben, der sie täglich erkämpfen muß! Nutzen wir deshalb die Zeit bis 1913 aus. Sorge ein jeder dafür, daß bis dahin unsere Reihen und Reihen gestärkt, dann kann kommen, was da wolle. Die Arbeitgeber werden uns gerüstet finden. — Eine Diskussion fand nicht statt. Zu Punkt 3. Zentralisation, nahm Koll. Garisch wieder das Wort. Die immer mehr veränderte wirtschaftliche Konstellation erheischt die dazu nötige Tarif, sich den einmal gegebenen Verhältnissen entsprechend anzupassen. Der straffe Zusammenschluß der Arbeitgeber überhaupt, sowie die Verschmelzung der sozialdemokratischen Verbände (Maurer und Bauhilfsarbeiter) zeigt uns das zur Genüge. Infolgedessen ist auch für uns die Parole: „Engerer Zusammenschluß sämtlicher Verufe unseres Verbandes.“ Wenn letzteres in Berlin (den Maurer trifft die wenigste Schuld an diesem ungesunden Zustande) leider bisher nicht der Fall gewesen ist, so werden endlich bald andere Verhältnisse Platz greifen, und zwar durch die Vereinigung sämtlicher Verufe zu einer Verwaltungsstelle mit der Anstellung eines Lokalbeamten. Die Zahlstelle der Maurer kann es nur begrüßen, daß auch der Hauptvorstand mit eigener Hand dazwischen gegriffen hat, um diesem bisherigen ungesunden Zustande endlich ein Ende zu machen. Unsere Pflicht muß es sein, tatkräftig mitzuarbeiten zur Stärkung und zum inneren Ausbau der Verwaltungsstelle. Sämtliche Redner erklärten sich für die Zentralisation. Eine scharfe Zurückweisung erhielten diejenigen Verufe, welche die Zentralisation leider davon abhängig machen, wenn Koll. Garisch als Lokalbeamter ohne weiteres aussteigt. Dies ist ein Verhalten, welches nicht scharf genug getadelt bzw. gerügt werden muß. Die Zahlstelle der Maurer spricht dem Koll. Garisch das voll e Vertrauen aus und erwartet auch für die Zukunft seine Unterstützung. — Bei der Vorstandswahl kam das Vertrauen so recht zum Ausdruck. Koll. Garisch wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Auf die Anfrage, ob er das Amt wieder annehme, antwortete derselbe: Gründe zur Ablehnung seien eigentlich genügend vorhanden. Die Abstimmung zwang mich aber dazu, den Vorstoß wieder anzunehmen. Allgemeines Bravo! Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden sämtlich wiedergewählt. Mit der Aufforderung, für die Zukunft jeder auf seinem Posten zu sein, wurde die unpopuläre Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Wochum. (Jahresbericht.) In der am Sonntag, den 12. Februar, stattgefundenen Generalversammlung wurde von dem Verwaltungsvorstand der Jahresbericht erstattet. Aus dem Bericht geht zunächst hervor, daß das verfloßene Jahr ein Jahr der Arbeit und Opfer für unsere Kollegen war. Diese Arbeit und Opferwilligkeit brachte aber unsern Mitgliedern einen großen Erfolg, einen Sieg, der bis dahin als einzig in der deutschen Gewerkschaftsbewegung dasteht. Die Agitation erlitt durch den Ausbruch der Riesenausperrung zwar eine Störung, dennoch konnten im Berichtsjahre 669 neue Mitglieder dem Verbande zugeführt werden. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug trotz der Ausperrung 42 408,31 M. Dem steht eine Ausgabe von 15 016,48 M. für Unterstützung der Ausgesperrten, 945,60 M. für Kranken- und 228 M. für Sterbeunterstützung entgegen. Die Unterstützung für die Ausgesperrten würde eine dreimal höhere Summe erfordert haben, wenn nicht die Mehrzahl der Ausgesperrten nach ihrer Heimat abgereist und dort unterstützt wären. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 13 595,99 M., die Ausgabe 9 948,14 M., somit ist Bestand der Lokalkasse am Schlusse des Jahres 3652,85 M. In den Zahlstellen unserer Verwaltung wurden im Berichtsjahre 476 Versammlungen und Sitzungen abgehalten. Zur Durchführung des neuen Tarifvertrages mußte die Verwaltung in 27 Fällen bei den Arbeitgebern vorstellig werden, ebenso waren 19 schriftliche Eingaben an die Arbeitgeber hierzu erforderlich. Außerdem fanden neun Sitzungen der Schlichtungskommission für Maurer und Bauhilfsarbeiter und drei für die Zimmerer statt, die ebenfalls sich mit der Durchführung der Tarifverträge befaßten. In Niesenergergewerbe kam es bei einer größeren Firma (Bernigloer) zum Streit. Die Firma, die sich vor dem Kampfe weigerte, den Tarif anzuerkennen, änderte nach 1½ Tagen ihre Haltung und vollzog die Anerkennung. Auch hatte unser Verband bei der Betätigung sozialer Wahlen nicht Gewerbe bei Fritz gestanden. In zwei Gewerbebetriebswahlen und fünf Krankenkassenbetriebswahlen waren wir beteiligt, welche alle, bis auf zwei, mit einem Siege für uns endeten. Die Verwaltung erteilte in 204

Fällen Rechtschutz an die Mitglieder; hieron sind 69 mündlich und 145 schriftliche Urteile. Ueber den Ausgang kann nur in 96 Fällen berichtet werden; 8 endeten ohne und 88 mit Erfolg. Mehrere brachten unseren Kollegen die Summe von 1592,50 M. ein. In den übrigen Fällen ist der Geschäftsleitung keine Mitteilung über den Ausfall gemacht worden, bei einigen Sachen in das Streitverfahren noch nicht beendet. Der Arbeitsnachweis wurde auch im letzten Jahre, besonders nach der Ausperrung, rege in Anspruch genommen. Hier möchten wir unseren Kollegen nur sagen, daß sie viel zur Förderung des Arbeitsnachweises dadurch beitragen, wenn alle freie Stellen, besonders auch von den Spezialberufen, uns gemeldet werden, dann aber auch alle arbeitssuchenden Kollegen bei unserm Arbeitsnachweis vorsprechen möchten. Der schriftliche Verkehr der Geschäftsstelle mit den Mitgliedern war ein reger; es gingen von der Geschäftsstelle aus: 393 Briefe, 247 Karten, 1402 Drucksachen und 17 Pakete. Allen Mitgliedern und Kollegen, welche im letzten Jahre ihre Pflichten erfüllt und zur Förderung unseres Verbandes beigetragen haben, sei hiermit der Dank erstattet, aber auch in diesem Jahre mögen alle unsere Kollegen sich in den Dienst der guten Sache stellen. Die Parole aller Mitglieder der Verwaltungsstelle Wochum muß lauten: „Vorwärts!“

Coblenz. Am 12. Februar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Berichtedes. Der Kassierer, Kollege Arb., erstattete den Kassenbericht. Er bemerkte zuerst, daß die Verwaltungsstelle sich im Jahre 1910 gut entwickelt hätte. Das sei in erster Linie der Ausperrung zu verdanken. Die Einnahmen für die Zentralkasse betragen 1529,71 M. (die Kollegen der Zahlstelle Wochum haben, soweit sie zu Hause arbeiteten, keine Zuschlagsmarke gefehlt). An Unterstützungen wurden geleistet: für 179 Krankentage 88,33 M., für ausgesperrte Kollegen, die zugereist waren, 204 M., an Reisegeld für durchreisende Kollegen 17 M., der Kassenbestand der Lokalkasse von 1909 war 31,17 M., Einnahmen: 218,77 M., insgesamt 249,94 M. Ausgaben der Verwaltungsstelle: 223,08 Mark, bleibt mithin ein Kassenbestand von 26,76 M. Der Schwerpunkt der Ausgabe liegt in den Posten für Hauskassierung und Porto. Für Hauskassierung wurden veranschlagt 97,77 M., für Porto 50,89 M. Die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1909 betrug 41 aufgenommen und übergetreten sind 80, zugereist 17; abgegangen sind 11, ausgetreten 23, zum Militär eingezogen 2, ausgeschieden 4, bleiben am Schlusse des Jahres 133 Mitglieder. Der Kollege Frink gab dann einen kleinen Geschäftsbericht. Er führte an, daß, als er anfangs Juli nach Coblenz kam, unsere Sache ziemlich daniederlag; der Kassierer Kollege Arb. lag schon seit Wochen krank, über die Hälfte der Kollegen war mit ihren Beiträgen im Nichtland. Die Sache hätte sich aber so gebessert, daß wir heute sagen können, daß alle Kollegen, bis auf drei bis vier, ihre Verpflichtungen erfüllt hätten. Es sei auch schon eine Anzahl Mitglieder ausgetreten gewesen, als er nach Coblenz kam, so die ganze Zahlstelle Wochum. Wenn wir nun heute sagen könnten, wir hätten 133 Mitglieder am Schlusse des Jahres, so hätte die Mitgliederzahl sich mehr wie verdoppelt. Auch die Einnahme sei demnach von 912 M. im Jahre 1909 auf 1529 M. im Jahre 1910 gestiegen. Natürlich gingen da 200 M. für Erarbeitstage ab. Zu berücksichtigen ist aber, daß die meisten Mitglieder im dritten und vierten Quartal erst eingetreten seien. In allen Orten der Umgegend sei eingestellt worden, und wir hätten auch in den meisten Orten Mitglieder. Die Verwaltung sei sehr schwierig, weil in Coblenz selbst fast keine Bauarbeiter anständig sind, da alle Kollegen hundertweit von Coblenz entfernt wohnen. Der Verkehr mit ihnen sei deshalb sehr schwierig. Versammlungen wurden jeden Monat abgehalten, die, weil die Kollegen so zerstreut wohnen, nur mäßig besucht waren. Auch in den einzelnen Orten wurden Versammlungen abgehalten. Kollege Frink dankte dann allen Kollegen, die in der Geschäftsführung und Agitation mitgeholfen hätten. Nachdem nun dem Kassierer Entlastung erteilt war, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Anton Frink, erster Kassierer F. Arb., erster Schriftführer P. Krämer, zweiter Vorsitzender P. Sabel, zweiter Kassierer F. Fackbach, zweiter Schriftführer J. Ganzer II.; als Revisoren die Kollegen F. Reij und J. Böhr; als Kartellbelegierte P. Krämer und Ganzer I. Die Kollegen nahmen alle die Wahl an und versprachen voll und ganz ihren Posten auszufüllen. Zum Schluß forderte der Kollege Frink alle Kollegen auf, auch in diesem Jahr ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Jeder soll Sorge tragen, daß jeder Indifferente sich der Organisation anschließt. Wir stehen in einer sehr ernsten Zeit, in einer Lohnbewegung, und auch das Jahr 1913 möchten die Coblenzer Kollegen sich vor Augen halten. Es sei deshalb nötig, daß auch die Coblenzer Bauarbeiterchaft geschlossen dastehe. Es gibt noch eine Anzahl Unorganisierter, und es müßte jeder sich zur Pflicht machen, diese für unsere Organisation zu gewinnen. Wenn jeder auf seinem Posten ist, müssen wir schnell die 200 erreicht haben.

Carpenberg. Die Zahlstelle Carpenberg, die bis vor drei Jahren der Zahlstelle Rünen angehörte, von da ab als selbständige Zahlstelle besteht, kann mancher Zahlstelle als Muster dienen. Am 12. Dezember 1910 hatten sämtliche 24 Mitglieder ihre Beiträge voll entrichtet und waren alle im Besitz der Erinnerungsmarke. Am 19. Feb. uar 1911 waren sämtliche Winterbeiträge erlegt. Nun wird es den Kollegen auch nicht schwer fallen am 1. März pünktlich ihre Wochenbeiträge zu zahlen. Den übrigen Zahlstellen zur Nachahmung empfohlen.

Dirschau. Die Zahlstelle der christlich organisierten Maurer hielt am Sonntag, den 19. Februar, nachm. 4 Uhr, im St. Josephshaus ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung war: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag, 4. Diskussion. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß im Laufe des Jahres 9 Mitglieder, 1 General- und 4 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Der Kassenbericht, der von dem Kassierer Böhnte erstattet wurde, ergab, daß im Berichtsjahre 939,15 M. für die Zentralkasse vereinnahmt worden sind, die Hauptkasse hatte eine Ausgabe an Unterstützungen und verbliebenen Prozente von 231,45 M. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des Jahres noch einen Bestand von 46,68 M. Die Ausperrung ist in Dirschau scharf durchgeführt worden. Der Verlust der verlorengegangenen Arbeitstage betrug 1326. Der dafür verlustig gegangene Lohn 6417 M. Die Hauptkasse hat für die Ausgesperrten 2348 M. Unterstützung gezahlt. In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender Kollege Jos. Räßgens, als Kassierer Albert Böhnte und als Schriftführer Jos. Schiefle; für jeden dieser Posten wurde noch ein Stellvertreter ernannt. Der Bezirksleiter Kollege Müller hielt hierauf einen längeren Vortrag über die Aufgaben für die christlichen Bauarbeiter im Jahre 1911. Der auf noch zwei Jahre abgeschlossene Tarifvertrag ist keine Veranlassung, die Hände in den Schoß zu legen. Die Arbeitgeber bereiten sich jetzt schon auf den Kampf 1913 vor. Eine Million Mark wollen sie sich dazu sammeln. Es müsse daher auch unter den christlichen Bauarbeitern jetzt zum Frühjahr in jedem Orte eine rege Agitation einleiten. Die Erfolge des Kampfes müßten den Fernstehenden vor Augen geführt werden, damit sie sehen, welchen hohen Wert die Organisation hat. 750 000 M. hat der christliche Bauarbeiterverband für die Ausgesperrten an Unterstützung verausgabt. Die Lohnaufbesserung während des Tarifdauer beträgt für jedes Mitglied durchschnittlich 235,70 M. Im ganzen beträgt beim christlichen Bauarbeiterverband die Lohnaufbesserung für 33 271 Mitglieder, welche am Tarifabschluß beteiligt sind, für 1910: 494 964 M., 1911: 2 736 648 M. und 1912: 4 277 484 M.; während der ganzen Tarifdauer beträgt die Lohnsteigerung für 33 271 Mitglieder 7 509 098 M. Dies ist gewiß ein schöner Erfolg, der die gebrachten hohen Opfer aufwiegt. Mit dieser Lohn-

aufbesserung haben nicht bloß die Arbeiter Vorteile, sondern auch die Geschäftswelt, weil damit die Kaufkraft der Arbeiter steigt. Rechner forderte alle Kollegen zu eifriger Mitarbeit auf, damit die Fernstehenden alle für die christliche Organisation gewonnen werden. Nach einer längeren Aussprache wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Duisburg. (Jahresbericht der Verwaltungsstelle.) Unsere Hoffnungen, mit denen wir das Jahr 1909 der Vergangenheit anheimgaben, haben sich nur zum Teil erfüllt. War der Anfang des Jahres 1910 ziemlich gut zu nennen, so hat uns die Aussperrung der drei Hauptberufe des Baugewerbes bezüglich der abwesenden Kollegen einen Rückschlag gebracht, welcher erst im dritten Quartal eingeholt, ja sogar noch weit überholt wurde. Die Agitation war im ersten Vierteljahr durch die Ungezelligkeit der Aussperrung etwas leichter, indem die sogenannten Driideberger und Indifferenten Schutz in der Organisation suchten. Diese sogenannten Eintagsfliegen lehrten uns aber nach der Aussperrung bald wieder den Nutzen. In dem man sich in der Hoffnung wiegte, das Unternehmertum würde nicht ausperren, war auch die Zahl der freiwilligen Mitarbeiter keine allzu große, sonst hätte der Erfolg für unsere Organisation ein besserer sein können. Die Ausdehnung der Verwaltungsstelle ist zu groß, um allen Anforderungen sofort gerecht zu werden. War im vorhergehenden Jahre eine Verringerung der Baukonjunktur zu konstatieren, so ist jetzt in diesem Jahre, ganz besonders in den Großstädten Duisburg und Mülheim, während auf der linken Rheinseite keine Verringerung wahrzunehmen war. Gegenüber dem Vorjahre wurden in Duisburg 276 Baueingelassen mehr erteilt, im ganzen 1113. Dieselben beziehen sich auf öffentliche Wohnhaus-Umbauten und gewerbliche Anlagen und Änderungen, hinzu kommen noch etwa 3700 Kanalanschlässe. Die Zahl der Wohnungen betrug im Vorjahre 42.673, stieg um 1523 in 1910, beträgt folglich 44.196 bei 229.000 Einwohnern, kommen mithin 5,1 Einwohner auf eine Wohnung. Leider ließ sich die Zahl der bewohnbaren Räume nicht feststellen. In den übrigen Orten waren keine genauen Feststellungen zu machen, doch kann ruhig gesagt werden, daß es an fast allen Orten an geräumigen, gesunden Arbeiterwohnungen fehlt, besonders in den Altstadtecken mit ihren zum Teil sehr baufälligen Häusern. Sehr gut war das Arbeitsverhältnis in der Eisen- und Tabakindustrie, während in der Textilindustrie durch die Konkurrenz des Auslandes sich ein Rückgang bemerkbar macht; ein Betrieb, der mehrere 100 Arbeiter beschäftigt, soll ganz geschlossen werden. Von der Aussperrung wurden im ganzen 223 Kollegen betroffen, verheiratet waren 78 mit 176 Kindern. Der Verlust an Arbeitstagen betrug 2040,5, an Arbeitslohn 12036,65 M. An Unterstützung wurde verausgabt 2804,44 M. Dieses günstige Verhältnis war nur zu erzielen, indem alle Kollegen redlich bemüht waren, die Zentralkasse zu entlasten, jede Arbeitsgelegenheit auch außerhalb des Berufes wahrgenommen wurde, selbst wenn es nur zwei Tage waren. Eine Einnahme von 5734,70 M. aus Erbschaften und Zuschlagsmarken war für die Zentralkasse in diesem Jahre vorhanden, demnach hatte die Zentrale eine Mehreinnahme von 2930,26 M. Mit der Beendigung der Aussperrung am 16. 6. 10 und den gemachten Erfolgen waren unsere Kollegen nicht befriedigt, die Erbitterung über die brutale Handlungsweise des Unternehmertums halle nach, zumal auch die sozial. Zimmerer sich über jede gewerkschaftliche Disziplin hinwegsetzten. Erst nach Wochen legte sich die Erregtheit, es wurde strenge Disziplin gewahrt und heute, nachdem man klar sehen kann, gibt man zu, daß die Führer unseres Verbandes doch recht hatten. Mit wenigen Ausnahmen war die Haltung unserer Kollegen bei der Aussperrung eine musterghälige zu nennen. Auch die Vertragsabschlüsse der Statutaire in Duisburg, Mülheim, Ruhr und Weidrich nebst Umgegend brachten den Kollegen große Erfolge, sowohl auf materiellem wie ideellem Gebiet, ebenso der Vertragsabschluß der Friesenleger. — Die Mitgliederzahl ist auch im letzten Jahre wiederum gestiegen, doch hätte der Erfolg besser sein können, wäre die Mitarbeit der Kollegen eine bessere gewesen, geradezu gestürzt hat man sich vor der Aussperrung, einen indifferenten Bauarbeiter aufzunehmen. Jedoch hat sich das Verhältnis nach der Aussperrung wesentlich gebessert, gibt es doch heute gegenüber den Indifferenten nicht fehlen läßt. Mögen die Kollegen an den übrigen Arbeitsstellen genau so handeln, so wird bald der letzte Indifferente weichen müssen. — Unsere Kassenverhältnisse haben im letzten Jahre ebenfalls eine Besserung erfahren, die Gesamteinnahme betrug 20.658,95 M. (09 11.556,75 M.) ein Mehr von 9.102,20 M., aus statutenmäßigen Beiträgen hatte die Zentralkasse eine Mehreinnahme von 3600,65 M. An Eintritt waren 221 neue und Arbeitslose 190 weniger umgesehen worden wie im Vorjahre, letztere waren noch um etwa 400 niedriger gewesen, wäre die Aussperrung nicht erfolgt, ein Beweis, daß die Konjunktur gut war, andererseits waren im letzten Jahre nur die Zahlstellenkassierer berechtigt, Arbeitslosenmatten zu verkaufen. — Die Einhaltung der Beiträge läßt in allen Verufen viel zu wünschen übrig, nicht etwa, daß unsere Kollegen es seien, die die tariflichen Bestimmungen zu umgehen suchen, sondern durchweg sind es die Herren Unternehmer, die sie dazu verleiten wollen. Waren doch im ganzen 19 Sitzungen der Schlichtungskommissionen notwendig. Die hauptsächlichsten Streitpunkte bildeten unbegründete Entlassung, Nichterhaltung der Arbeitszeit und Durchbrechung der Löhne nach unten. In fast allen Fällen mußten die Unternehmer vernünftig werden. Bei den Statutairen waren in drei Monaten 10—12 Sitzungen notwendig, um der Willkür der Unternehmer zu steuern. Ebenso mußten in zwei Einigungsamtssitzungen Fälle aus unserer Verwaltungsstelle verhandelt werden. Recht unverständlich war die Fällung eines Schiedsspruches für die Statutaire in Duisburg durch Herrn Weigeordneten Dr. Hartmann-Duisburg, indem er sich nur vom rein juristischen Standpunkte leiten ließ. Gewerbegerichtshagen mußten sechs vorgenommen werden, die erzielte Summe beträgt 235,17 M., 41 M. wurden so nachgezahlt, brachten somit nicht einzeln zu werden. Durch 23 Steuerrelaxationen wurde eine Summe von 366,72 M., ebenso durch sieben Krankenkassenangelegenheiten wurden 98,15 M. und einer Privatfahse 10 M. erzielt. Im ganzen wurden 55 Angelegenheiten zur Zuständigkeit der Kollegen erledigt. Einige Krankenkassentagen stehen noch aus, sie mußten deshalb geführt werden, weil die Krankenkassentage sich weigert, den zugewiesenen Kollegen, welche ihre Familie in der Heimat haben, bei Erkrankungsfällen die Familienunterstützung zu gewähren. Hoffentlich kann auch hier den Kollegen zu ihrem Rechte verholfen werden. Die **Wami** ang der Arbeitsgelegenheit gegenüber unserer Kollegen hat sich im letzten Jahre ebenfalls gut bewährt; leider war es nicht möglich die genaue Zahl während der Aussperrung festzustellen. In der übrigen Zeit ist den Kollegen etwa 450 mal direkt Arbeit nachgewiesen worden, was für unsere zureichenden Kollegen einen großen Vorteil bildet. — Der schriftliche Verkehr vollzog sich folgendermaßen, indem 698 Eingänge und 1778 Ausgänge zu bezeichnen waren. — Der Versammlungszweck war im allgemeinen besser wie im Vorjahre. Speziell vor und während der Aussperrung. Es fanden statt 230 Mitgliederversammlungen, 8 öffentliche, 8 Generalversammlungen der Verwaltungsstelle und Vorstandssitzungen, 91 Vorstand- und Baudelegatensitzungen und 4 Kassenrevisionen. Soziale Wahlen wurden 6 gehalten, wobei die christliche Arbeiterchaft durchweg Erfolge erzielte, nur der Ortskassentagswahl in Mülheim-Ruhr enthielt sich die christliche Arbeiterchaft aus dem schon früher angeführten Gründe. Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Verbänden ist ein leidliches zu nennen, außer dem Weltverbesserer Rabitz, der uns einmal glaubt, dazu berufen zu sein, uns von der Wilschäpe verschwinden zu lassen. Allen Kollegen sei an dieser Stelle für ihre treue ausdauernde Mitarbeit gedankt, mögen sie und noch mehrere Mitarbeiter sich in diesem Jahre finden, so werden wir auch im Jahre 1911 weitere Fortschritte machen. Größere Aufgaben hatten unser im Jahre 1911. Die alle Engbrigkeit ist gefallen, ein anderer Geist beherrscht die Kollegen seit der Aussperrung. Der Wille zum Vorwärtsschreiten ist da,

legen wir ihn mit Gründlichkeit durch, dann werden wir im Jahre 1911 die doppelte Mitgliederzahl erreichen. Deshalb bleibe keiner fern, immer mehr freiwillige Mitarbeiter heran, dann wird es gelingen, weitere wirtschaftliche Erfolge für unsere Berufs Kollegen zu erringen und die Schmarhachpläne zu durchkreuzen. R. Sch.

Eichengweiler im Oberesäß. Am 12. Februar sollte hier in der Wirtschaft „Zum Engel“ eine Versammlung (einberufen vom roten Gipser- und Statutairenverband unter Ausschluß der Defensivität) stattfinden. Die hier wohnenden Gipser sind alle schon jahrelang christlich organisiert. Die Genossen wollten also mit dieser Versammlung uns Mitglieder abtreiben, was ihnen aber kläglich mißlang. Man hatte unsere Kollegen mit einem Brief folgenden Inhalts eingeladen:

„Mülhausen, den 9. Februar 1911.
 Werter Kollege! Am Sonntag den 12. Februar findet eine wichtige Versammlung in Eichengweiler, Wirtschaft „Zum Engel“ (Wittve Brider) ¼ 11 Uhr statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Lohnerrhöhung. Pflicht eines jeden Gipser ist, dabei zu erscheinen.“

Der Einberufer.
 Zu dieser Versammlung erschienen außer dem vorgesehene Referenten und sechs waschechten „Genossen“ aus Mülhausen sonst niemand. Vier Stunden harrten diese Landagitatoren in der Wirtschaft aus. Als aber die Christlichen gar nicht kommen wollten, meinte einer dieser „Genossen“: „Die Gipser müssen erst halb angepöffen sein, dann kommen sie.“ Kollegen, Gipser von Eichengweiler, so denen diejenigen über euch, die euch zum roten Verbande herüberlocken wollen!!! Merkt's euch! Als aber die bösen Christlichen überhaupt nicht kamen, so berückte der vorgesehene Referent seine mitgebrachten Getreuen bis zum Eintritt der Dämmerung zu unterhalten. Er erzählte ihnen eine Weile über die „Freiheit und Lügenhaftigkeit“ der christlichen Führer. Natürlich mußte unser Beamte, Koll. Geurich, herhalten, der es ja in letzter Zeit bei den Genossen gründlich verborgen hat. Herr Voigt hat ihm im „Grundstein“ „Ade. Herr Geurich“ zugerufen und die Mülhauser „Vollzeitung“ hat es abgedruckt, mit ihm zu diskutieren. — Besonders aber mußte der Jahresbericht unserer Verwaltungsstelle herhalten. Der Genosse sagte, Geurich schreibt: „Mitglieder 460, an die Zentrale abgeliefert 2000 M.“ Jetzt Beiträge von 460 Mitgliedern ausrechnen und das Resultat ist: die Christlichen sind lauter dumme Esel. — Jedem steht's frei, hierüber zu denken, was er will, ich will meine Gedanken nicht zu Papier bringen. Wie lautet aber der betr. Jaf. Bericht des Koll. Geurich in Nr. 5 der „Baugewerkschaft“ Mitgliederzahl 421. Die Einnahmen der Zentralkasse betragen 8813,90 M. Die Ausgaben u. a. 816,05 M. für Kranke, 140,50 M. Sterbegelder, 14 M. für Gemäßregelte und 22,74 M. für Streikunterstützung. An die Zentralkasse wurden abgibtlich des 987,81 M. betragenden Anteils der Lokalkasse noch 6679,80 M. abgeführt. Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 1755,60 M., die Ausgaben betragen 1444,14 M., so daß 311,46 M. Lokalkassenbestand verbleibt. Die Jahreserinnahme hat sich dem Vorjahre gegenüber um 4527,38 M. erhöht. Also hier hat der rote „Gipseragitor“ wieder einmal wissenschaftlich seinen eigenen „Genossen“ die Unwahrscheinlichkeit gesagt. Ein Glück, daß dieser Schwindler kein gerechtes denkendes Publikum vor sich hatte. „Die Geister“, denen er diesen Wären aufgebunden, hatte er sich in Mülhausen zusammengeholt. Nach dem Referenten nahm einer der mitgebrachten Christliche zu uns herübergeholt hätten, dann hätten wir einmal kräftig geräucherter Sped gegessen. Natürlich ging's dem „Genossen“ wie dem bekannten Jäger, der das Fell des Wären eher verkauft, als er ihn erlegte. — Wirklich tölplich eine solche Agitationstour. Jagd auf christliche Gipser unter dem schmeicheiligen Vorwand „Stellungnahme zu der bevorstehenden Lohnerrhöhung.“

Diese unehrlichen Gesellen glaubten wohl, sie müßten bei den Eichengweiler christlich organisierten Gipsern mit einem Thema kommen, das die Magenfrage berührt. — Kollegen diese Gesellschaft hat auch damit sehr tief eingegipst. Ihr könnt am nachdrücklichsten dagegen protestieren, wenn ihr dafür sorgt, daß die Einheit in unserer Zahlstelle wieder voll und ganz hergestellt, die in letzter Zeit durch unliebsame Wortkornmissie Schaden gelitten hatte. Kollegen, schwingen wir uns wieder auf zu der Erkenntnis, daß alles Persönliche mit dem hohen Ziel der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht in Verbindung gebracht werden darf. Erkennen wird endlich, wie notwendig uns christlichen Gewerkschaftlern die Einheit und Geschlossenheit tut.

Kollegen von Eichengweiler, verberbt diesem roten Lügenbüchel ihr Vorhaben, uns zu zerplittern! Verberbt ihnen die Jagd auf christliche Gipser, und auch den Appetit auf geräucherter Sped. Haltet treu wie bisher zum Zentralverband christlicher Bauarbeiter.

Enniger. Am 29. Januar fand unsere Generalversammlung im Lokale Austermann statt. Dieselbe war gut besucht. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Nachdem die Abrechnung geprüft und für richtig befunden, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Vorstand wurde gewählt: Erster Vorsitzender Bernard Knapp, zweiter Vorsitzender Wilhelm Gamels, Kassierer Heinrich Schäfer, erster Schriftführer Theodor Wittmund, zweiter Schriftführer Heinrich Steinmann, Revisoren Heinrich Gahlen, Hermann Vater, Hauskassierer Wilhelm Steinhoff. Alle nahmen die Wahl an und versprachen, ihre Pflicht als Vorstandsmitglieder voll und ganz zu erfüllen. Dann forderte der Vorsitzende alle Kollegen auf, für den Ausbau unserer Organisation zu sorgen, es sei dieses Pflicht eines jeden Kollegen.

Freising. Am 2. Februar fand die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt, wozu auch Bezirksleiter Brüdner aus München erschienen war. Das Wahlgeschäft wurde zuerst erledigt und unser alter und bewährter Jakob Stürminger als Vorsitzender, ebenso Lorenz Kaiser als Kassierer und Sebastian Jäger als Schriftführer gewählt. Es wurde auch beschlossen, zur Stärkung der Lokalkasse mehr Lokalfondsmarken zu fleben. Hierauf schilderte Bezirksleiter Kollege Brüdner den letzten Kampf im Baugewerbe in sehr eindringlicher Weise. Er legte dann die Aufgaben klar, welche uns jetzt bevorstehen. Wir wollen nicht mit leeren Kassen dastehen, wenn uns schließlich in nächster Zeit wieder ein so schwerer Kampf ausgezwungen wird. Opferwilligkeit ist ein Hauptfaktor im Verbandsleben ebenso der Ausbau unserer Organisation. Er schilderte ferner den Vergleich in Nr. 5 der „Baugewerkschaft“, daß den Organisationen noch ein großes Feld zum Bedauen offen steht. Er betonte auch, daß die „Freier“ in gewissen Gegenden gegen die Tarifverträge heßen, weil mit denselben die Leute zufriedener und vernünftiger werden. Das paßt ihnen nicht in den Kram, denn die Leute müssen unzufrieden erhalten bleiben, das ist ihr politischer Vorteil. Nach reger Diskussion wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Friesdorf, 4. Februar. (Jahresbericht.) Heute hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Huth, wies auf die Errungenschaften des Jahres 1910 hin. Er betonte er auch, daß die Mitgliederzahl gewachsen sei. Dasselbe konnte jedoch die doppelte Zahl betragen, wenn alle etwas mehr mitarbeiteten. Der Kassierer, Kollege Wager, erstattete darauf den Kassenbericht vom 4. Quartal und gab auch zugleich einen Überblick der Aufnahmen sowie Gesamteinnahmen und Ausgaben vom ganzen Jahr. Ausgenommen wurden 59 Mitglieder. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug an Eintrittsmarken, Beiträgen, und Agitationsmarken 1260,09 M., an Zuschlagsmarken 184,80 M., zusammen 1444,89 M. Die Gesamtausgabe konnte für Friesdorf nicht besonders festgestellt werden, weil die Unterhütungen, die an ausgesperrte Kollegen von Friesdorf gezahlt sind, insgesamt für die Verwaltungsstelle Bonn berechnet sind. Diese betrug 1785,53 M.

An Krankenunterstützung wurden in Friesdorf 74,85 M. gezahlt. Die Einnahme der Lokalkasse, einschließlich des Kassenbestandes vom vorigen Jahre von 10,72 M., betrug 222,88 M. Darin sind enthalten 49,05 M. für die Verlosung für das Verbandsfest. Die Ausgabe betrug: für Hauskassierung 70,45 M., Porto und Schreibmaterial 5,88 M., Konferenzen 5 M., Kartelligungen 2,60 M., Kartellbeiträge 9 M., Verlosung und Sonstiges 89,50 M.; Gesamtausgabe 183,43 M. Der Lokalkassenbestand beträgt 39,45 M. Die Wichtigkeit der Kassenführung wurde bestätigt und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Lange wies darauf hin, daß wir an dem Kollegen Wager einen treuen und strebsamen Kassierer haben. Als er infolge des Unglücksfalles, wobei er einen Armbruch erlitten, im Spital gelegen, da habe er sich große Gedanken und Sorgen um die Kassen-geschäfte gemacht. Die Arbeit sei für ihn nicht leicht, da er auch zugleich die Verwaltungsstellenkasse zu führen habe. Er dankte allen Kollegen des Vorstandes für die emsige Mitwirkung im vergangenen Jahre. Sodann hielt Kollege Lange einen lehrreichen Vortrag über die Lage des arbeitenden Standes in der Zeit der Blüte, des Polizeistaates und der heutigen Zeit der Gewerbefreiheit. Er schilderte dann die historische Entwicklung der Tarifverträge. Den Vortrag hätten alle Friesdorfer Arbeiter hören müssen. Sie wären dann zweifellos besser auf die Organisation gestimmt. Gibt es doch noch Kollegen hier, die sich sogar feindlich gegen den Verband stellen, gegen den Verband, der im Bonn-Godesberger Gebiet den Lohn von 3,50 M. für Maurer und 2,50 M. für Hilfsarbeiter auf 5,40 M. bzw. 4,40 M. bis zum Frühjahr 1912 gebracht hat. Die Frauen schimpfen über teure Lebensmittelpreise und machen dafür die Steigerung der Arbeitslöhne verantwortlich. Daß Frauen solche Ansichten haben, die von irgendeinem Griesgram aus alter Zeit, der mit der Welt nicht mitvoranschreitet, ausgeplaudert werden, läßt sich entschuldigen, weil ihnen die gesamten wirtschaftlichen Zusammenhänge meist nicht bekannt sind. Daß aber reife Männer, die selbst Arbeiter sind, solches gedankenlos nachsagen, die Frauen in ihren verkehrten Ansichten noch nützen, das sollte man denn doch nicht erwarten. Für die Kollegen heißt es hier aufklärend zu wirken, da muß gelassen und die Versammlungen besucht werden. Nach dem Referat schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: Wilsch, Guth als erster Vorsitzender, Heinz Zander als zweiter Vorsitzender; Jakob Wager als erster Kassierer, Aug. Wager als zweiter Kassierer; Joh. Pung als erster Schriftführer, Fischer als zweiter Schriftführer; als Revisoren die Kollegen Philipp Menzies und Michael Hensler; als Hauskassierer die Kollegen Kessel und Gffgang. Es wurde dann noch die Einführung der Düsseldorf-Krankenzusatzkasse besprochen. Es melbten sich sechs Kollegen zum Beitritt. Hierauf forderte der Vorsitzende die Anwesenden zur Mitarbeit für unsere so ernste christliche Gewerkschaftsfrage auf und schloß die anregend verlaufene Generalversammlung.

Ingolstadt. Am Sonntag, den 19. Februar, fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Der Besuch war ein recht geringer. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Kollegen sich an den Generalversammlungen eifriger beteiligten. — Die Tagesordnung war folgende: 1. Kassenbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Regelung des Vertrauensmännerbüchens, 4. Ausstellung von Baudelegierten, 5. Verschiedenes. Den Kassenbericht gab der Kassierer, Koll. Stähler. Einwendungen gegen denselben wurden nicht gemacht. Dem Kassierer wie auch dem Schriftführer wurde darauf herzlich Dank ausgesprochen. Der Vorsitzende, Koll. Augustin, gab dann den Jahresbericht. Nach demselben haben im vergangenen Jahre stattgefunden: 1. Generalversammlung, 2. außerordentliche und 9 Monatsversammlungen, 3. Vorstandssitzungen und 3 Ausschüßsitzungen. Die Korrespondenz war eine rege. Es gingen ein: 27 Briefe, 6 Postkarten, 1 Telephongespräch und 3 Telegramme. Versandt wurden: 49 Briefe, 5 Karten, außerdem fanden 2 Telephon-gespräche statt. Die Mitgliederzahl war nach der Aussperrung etwas gesunken, ist aber bis Jahresabschluss wieder reichlich ausgeglichen worden. Der Versammlungsbuch ist ein mäßiger zu nennen. Besonders die Maurer mußten mehr Eifer zeigen. — Unsere Bibliothek, die eine schöne Anzahl Bücher enthält, muß von den Kollegen noch bedeutend mehr benutzt werden, wenn unsere Kollegen gegenüber dem Gegner ihren Mann stellen wollen. Auch könnte das Interesse unserer Kollegen an den öffentlichen und sozialen Fragen ein lebhafteres sein. Bei der im Monat Dezember getätigten Gewerbegeichtswahl haben sich unsere christlichen Bauarbeiter tüchtig geschlagen. Da beweisen sie den „Genossen“, daß sie die Zeichen der Zeit wohl verstehen. — Aus der Vorstandswahl gingen hervor: als erster Vorsitzender Joseph Augustin (Zimmerer), als zweiter Johann Kauf (Zimmerer); als erster Schriftführer Joseph Lindner (Maurer), als zweiter Valthasar Kloiber (Bauhilfsarbeiter), als erster Kassierer Almens Stähler (Zimmerer), als zweiter Wendelin Reichenstetter (Maurer); als Revisoren Sebastian Eichhorn und Johann Kupler. Kollegen, treten wir auch in das neue Jahr ein unter der Devise: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Kramelau. Am 12. Februar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt, zu welcher die Kollegen Golla aus Kattowitz und Jod aus Jaborz erschienen waren. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Kollegen Golla, 2. Vorstandswahl. Kollege Golla referierte über die Arbeitgeberverbände und ihre Tätigkeit. Der gewaltige Kampf im Baugewerbe hat uns zur Genüge bewiesen, welchen Zweck die Arbeitgeberverbände verfolgen. Nur dem tatkräftigen Eingreifen der Arbeitgeber nicht in Erfüllung gingen. Aus den gegenwärtigen Bestrebungen der Arbeitgeber können wir den Schluß ziehen, daß uns in Zukunft noch größere Kämpfe bevorstehen. Wollen wir diesen gewachsen sein, so müssen wir auch die der Organisation noch fernstehenden Kollegen für uns zu gewinnen suchen und mehr Opferwilligkeit an den Tag legen. Denn nur eine opferwillige und gut organisierte Arbeiterchaft gibt den Tarifverträgen ein starkes Rückgrat. Ferner schilderte Rechner die schlechte Behandlung und die Mißstände in den Krankenkassen. Kollege Jod führte verschiedene Reibereien an, welche zwischen den Kollegen stattgefunden hätten. Sie sollten mehr die Einigkeit pflegen. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: Georg Viales als 1., Edward Wawag als 2. Vorsitzender; Kollege Gierovich als 1., Reymund Korzel als 2. Kassierer; Paul Kainig und Franz Wilschler als Revisoren. Nach einem Schlußwort des Kollegen Golla, im neuen Jahre wieder kräftig mitzuarbeiten zum Wohle der Zahlstelle, sowie des Verbandes, wurde die Versammlung geschlossen.

Bezirk Kattowitz. Um die Agitation in wirksamer Weise vorzubereiten und verschiedene Mißstände in der Kassenführung zu beseitigen, war für Sonntag, den 19. Februar, eine Konferenz der Vertrauensleute (Vorstandsmitglieder und Hauskassierer) für Oberglogau und Umgegend einberufen worden. Dieselbe fand in Oberglogau im Hotel Eschauer statt. Von den 18 Zahlstellen der Umgegend von Oberglogau waren 15 Zahlstellen durch 51 Kollegen vertreten. Die Zahlstellen Gr. Nimborf, Walzen und St. Probnitz hatten es nicht für notwendig gehalten, zu erscheinen, Walzen war entschuldigt. Die Tagesordnung lautete: 1. Der Stand der Bewegung und unsere nächsten Aufgaben. 2. Kassenführung und innere Organisation. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Ehrhardt einen Vortrag. Rechner lenkte die Aufmerksamkeit der Kollegen auf die beiden verfloffenen Jahre, die für uns einen Erfolg bedeuten. Vangend haben auch wir vor Jahresfrist in die Zukunft geschaut, heute, wo wir rückwärts blicken können, sind wir erst in der Lage, unsere Arbeit und Erfolge richtig würdigen zu können. Die Löhne sind in den letzten Jahren von 32 Pf. im Jahre 1905 auf 47 Pf. im Jahre 1911 gestiegen, was eine Er-

höhung des Jahreseinkommens von mindestens 300 M. Bedeute. In den nächsten zwei Jahren wird es an uns liegen, nun auch den Tarifvertrag bei den organisierten wie auch bei den unorganisierten Unternehmern zur vollständigen Anerkennung zu bringen. Auch unsere Mitgliederzahl ist gestiegen. Am 1. Juli 1909 betrug unsere Mitgliederzahl rund 1200, im zweiten und dritten Quartal 1910 dagegen hatte die Mitgliederzahl 2100 überschritten. Nun wäre es aber falsch, wenn wir uns einbilden würden, es wären keine unorganisierten Arbeiter im Baugewerbe mehr vorhanden. Redner bespricht die Organisationsverhältnisse in den verschiedenen Berufs- und ist der Ansicht, daß allein im Industriegebiet noch einmal soviel Mitglieder organisiert werden können, als wir jetzt schon haben. Dazu ist nun erforderlich, daß die einzelnen Zahlstellen mehr Selbständigkeit entwickeln. Überall muß ein vollständiger Vorstand vorhanden sein, und der beste und befähigste Kollege ist zum Vertrauensmann der Organisation der richtige Mann. Jeder Vertrauensmann muß sich die Frage vorlegen: Wie bringen wir unsere Zahlstellen vorwärts, wie halten wir die neugewonnenen Mitglieder bei der Organisation? Redner warnte die Kollegen vor Unrichtigkeiten in den Zahlstellen, die Vorstandsmitglieder sollten mit gutem Beispiel vorangehen und nicht aus jeder Kleinigkeit eine lange Auseinandersetzung machen. Wir müssen geschlossenen dastehen, Gegner haben wir genug. Kollege Ehrhardt besprach dann weiter die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, um die Agitation wirksam betreiben zu können; zum Schluß forderte er die Kollegen auf, fest zur Sache zu halten; die Organisation nach innen zu festigen und neue Kämpfer zu gewinnen, damit wir allen Stürmen Trotz bieten können. Kollege Golla sprach dann über die Kassenverhältnisse und die Mängel in der Geschäftsführung. Redner wies darauf hin, daß zum kommenden Frühjahr unbedingt mehr Pünktlichkeit und Ordnung eintreten müsse. Um dieses zu erreichen, ist folgendes zu beachten: 1. Die Zahlstellen müssen so viel Marken bestellen, daß sie damit mindestens 4-6 Wochen auskommen, und nicht jede Woche, wie einige Zahlstellen dieses jetzt gemacht haben. 2. Am Ende des Quartals sind alle Marken, die in dem Vierteljahr geschickt wurden, zu verrechnen, vom 27. d. Mts., in welchem das Quartal schließt, bis zum 5. des folgenden Monats werden keine Marken versandt. 3. Die Kassierer bestellen die Marken selbst, nicht durch andere Kollegen, und schicken die Lieferante sofort zurück. 4. Das Geld muß alle vier Wochen an die Verwaltungsstelle abgeliefert werden, am besten durch die Post, auf keinen Fall ist es anderen Kollegen mitzugeben, da dies zu Unklarheiten führt. 5. Der Zahlstellenkassierer rechnet mit dem Hauskassierer ab, sobald dieser seine Marken verkauft hat, spätestens alle 14 Tage. Jeder Hauskassierer hat zwei Bücher zum Eintragen der gelieferten Marken, das eine wird abgegeben an den Kassierer, das andere weitergeführt. Jedem Kollegen war ein Abrechnungsformular vorgelegt, das dann ausgefüllt wurde, um Unklarheiten zu beseitigen. Kollege Golla zeigte dann den Kassierern, wie die Bücher geführt werden müssen, ohne daß diese richtig geführt werden, ist keine richtige Abrechnung möglich. Hierauf fand eine Diskussion statt, an der sich einige Kollegen beteiligten, die gleichfalls zur eifrigen Mitarbeit aufzufordern. Nach einem Schlusswort des Kollegen Ehrhardt und einem Hoch auf unsere Organisation erreichte die Sitzung ihr Ende, die vom Kollegen Bialek, der die Versammlung geleitet hatte, geschlossen wurde.

Alt-Ruitendorf. Am 5. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf Wunsch war unser Kollege Erhardt (Ruitendorf) erschienen. Kollege Baron eröffnete die Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Erhardt, 2. Bekanntgabe der Jahresabrechnung, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Verschiedenes. Kollege Erhardt schilderte mit klaren Worten, wie notwendig die Agitation ist. Er beantwortete die Fragen: Wann sollen wir agitieren? Wie sollen wir agitieren? Wo sollen wir agitieren? Die Kollegen aus Ruitendorf hätten noch ein ziemliches Feld zu bearbeiten, und sollte daher jeder Kollege mithelfen. In Punkt 2 gab der Kassierer Joh. Baron die Abrechnung bekannt. Es wurden im ganzen 1047,60 M. eingenommen. In die Verwaltungsstelle wurden 918,45 M. eingesandt. Die Kassa hatte am 1. Januar 1911 einen Kassenbestand von 32,05 M. Der Mitgliederstand war bei Gründung der Zahlstelle (18. März 1910) 18, am 1. Januar 1911: 46 und 6 beim Militär. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Joh. Barton, als zweiter Joh. Bednarz; als erster Kassierer Joh. Baron, als zweiter Felz Brand; als Schriftführer Franz Gottsch; als Revisoren Franz Carnes und Jos. Will, als Hauskassierer Joh. Baron, Joh. Bednarz und Jos. Will. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, auch in diesem Jahre ihre Pflichten für die Organisation zu erfüllen. Unter „Verschiedenes“ wurden dann einige Mißstände besprochen. Es wurde beschlossen, am Montag, den 6. Februar, das erste Stützungsfest zu feiern. Kollege Erhardt forderte zum Schluß die Kollegen auf, stets fest und treu zum Verband zu halten.

Leutershausen (Waden). Am 12. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Mit einer längeren Ansprache wurde dieselbe vom Vorsitzenden eingeleitet. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresabrechnung, 2. Vorstandswahl, 3. Diskussion. Der Kassierer gab die Jahresabrechnung bekannt, worauf ihm Entlassung erteilt wurde. Die Vorstandswahl ergab: Erster Vorsitzender Eisenhauer (wiedergewählt), zweiter Vorsitzender Ewald, Kassierer Ph. Brand, erster Schriftführer P. Kassenberger, zweiter Schriftführer Ad. Schrödereder, Revisoren Peter Heue und Konrad Weiseler. In der Diskussion wurde von mehreren Kollegen gefordert, es solle jeder Kollege an dem Ausbau unserer Organisation mitarbeiten.

Laudau (Pfalz). Am 5. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Dieselbe hätte besser besucht sein können. Es sind das immer einzelne Kollegen, die, wenn es sich um Unterstützung oder sonst etwas handelt, keine Zeit und Mühe sparen. Wenn es aber heißt, in die Versammlung zu kommen, dann ist der Weg zu weit und die Zeit nicht da. Der Vorstand tabelte solches Gebahren in schärfen Worten. Den Kassen- und Tätigkeitsbericht gab der erste Vorsitzende. Die Kassenverhältnisse sind in unserer Verwaltungsstelle gesunde. Die Kassa hatte trotz der beträchtlichen Ausgaben an bedürftige Kollegen um 35 M. zugenommen. Aus der Wahl gingen hervor: Sub. Nagelbinger als 1. Vorsitzender (berets seit 6 Jahren Vorz.), 2. Vorz. Joh. Mathä; Georg Hoffmann Kassierer; Georg Hinzmann Schriftführer; Revisoren: Joh. Mathä II und Georg Herzenstiel; Beisitzer: Julius Diemer und Jakob Mathä; Kartellbelegierte: Otto Maurer und Ludwig Nagelbinger. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an und versprachen, ihre ganze Kraft daranzusetzen, um die Verwaltungsstelle immer mehr in die Höhe zu bringen. Kollege Nagelbinger gab noch einen Rückblick auf das vergangene Jahr, das besser ausgefallen ist, als sich mancher vorgestellt. Am Schluß forderte Redner die Kollegen, welche mit ihren Streikmarken noch nicht in Ordnung sind, auf, dieses baldmöglichst zu besorgen. Es sind dies nur einige. Nachdem er die Vorstandsmitglieder auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht hatte, betonte er, daß ein jeder Kollege sich als ganzer christlicher Mann und Gewerkschafter in den Dienst der Agitation stellen muß. Es kam dieses ein jeder leicht, da die meisten schon seit sechs Jahren in den Kampfreihen stehen. Mit einem dreifachen Hoch auf unsern Verband schloß der Vorsitzende die lebhaft verlaufene Versammlung.

Wannheim-Käfertal. Am Sonntag, den 5. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung, dankte den Anwesenden für ihre Erscheinen und erteilte dem Schriftführer

das Wort zum Verlesen des Jahresberichts. Aus diesem war zu ersehen, daß im verfloffenen Jahr eine ganze Anzahl Versammlungen abgehalten wurden, die fast alle gut besucht waren. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht, der auch ein ganz befriedigendes Resultat aufwies. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Der seitherige 1. Vorsitzende dankte aus geschäftlichen Gründen ab und wurde an seine Stelle Kollege Johann Schmiedardt gewählt, als 2. Vorsitzender wurde Kollege Anton Bogelgang, als Kassierer Kollege Johann Falkenhäuser und als Schriftführer Kollege Jakob Falkenhäuser gewählt. Wiedergewählt wurden auch die beiden Revisoren Andreas Schwind und Nikolaus Reis. Bei Punkt 3 wurde die Beitragsberichtigung besprochen. Der Beitrag für Maurer wurde von 60 auf 65 Pf., der der Bauhilfsarbeiter von 45 auf 50 Pf. erhöht, was bei den Kollegen einstimmige Annahme fand. Zum Schluß dankte der Vorsitzende nochmals den Kollegen für ihren Eifer im verfloffenen Jahr und ermahnte sie, auch in Zukunft dem Verbands treuzubleiben.

Wetting bei Ingolstadt. Am Sonntag, den 5. Februar, fand im Lokale des Herrn Hobeisberger unsere Generalversammlung statt. Kollege Nieder eröffnete die Versammlung und begrüßte alle Erschienenen, besonders unsern Bezirksleiter Brückner aus München und die anwesenden Kollegen aus Ingolstadt. Kollege Brückner behandelte das Thema: „Baugewerkschaft und Interessensvertretung gegenüber dem Unternehmertum“. Redner führte uns in kurzer Form die vergangene Auslieferung vor und kritisierte scharf die Kollegen, die nach dem sturmbelegten Jahr vorüber ist, dem Verbands den Rücken kehren. Er betonte, daß solche Elemente die Gewerkschaften als schön und gut bezeichnen, wenn nur nicht das leidige Zahlen wäre. Weil die Gewerkschaften unter dem Gezehe der Freiwilligkeit stehen, ist es aber desto notwendiger, zusammenzuhalten, um den Ansturm der Unternehmer bestehen zu können. Er forderte alle Kollegen zu treuer Mitarbeit auf. Nach diesen lehrreichen Ausführungen erfolgte die Vorstandswahl. Unser bisheriger Vorsitzender, der die Zahlstelle schon über vier Jahre führt, konnte nicht mehr zur Annahme eines Postens bewogen werden und übergab den Vorsitz dem Kollegen Augustin aus Ingolstadt. Nach längerer Auseinandersetzung und auf Wunsch des Kollegen Brückner einigte man sich dahin, daß für unsere Zahlstelle zwei Vertrauensleute aufgestellt werden, und Kollege Augustin die Leitung zu übernehmen hat. Aus dem Wahlgang gingen hervor: 1. Vertrauensmann und zugleich Kassierer Johann Pfeiff, 2. Vertrauensmann Mathias Herb, Schriftführer Lukas Schneider, Revisoren: W. Duz und Schenker. Kollege Brückner richtete in seinem Schlusswort noch begeisterte Worte an die Kollegen und empfahl besonders Einmütigkeit und festes Zusammenhalten, welches den christlichen Gewerkschaften sehr notwendig ist, da wir nicht einen Feind parieren müssen, sondern eine ganze Anzahl. Kollege Augustin ermahnte uns am Schluß noch zum festen Zusammenhalten. Er gab noch einige im vergangenen Jahre passierte wichtige Ereignisse bekannt, welche sich in den einzelnen Geschäften herausgebildet haben. Er schloß mit einem Hoch auf den christlichen Bauarbeiterverband die schön verlaufene Versammlung.

Mühlhausen i. Gl. In Nr. 6 des „Grundstein“ beschäftigt sich der Gauleiter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, Herr R. Voigt, mit meiner Person und auch mit noch einigen anderen Sachen. So sehr es mir innerlich widerstrebt, mit ihm mich nochmals auseinanderzusetzen, so zwingen mich doch mehrere grobe Entstellungen und Unwahrheiten zu einer Erwiderung. Aus Anlaß einer Versammlung, die von den „Genossen“ infiziert wurde, um uns Mitglieder abzuliegen, macht Voigt die einseitige Bemerkung, ich selbst sei die Veranlassung zu dieser Versammlung gewesen, indem ich fortwährend Klage führe, über Terrorismussfälle, die nur in meiner Phantasie beständen. Es gehört ein gewisses Maß von Unberoutheit dazu, um eine solche Ableugnung aufzustellen. Aber nur nicht so voreilig, Herr Voigt, auch Ihre Stunde schlägt. Und besonders lieblich werden die nachstehenden Erklärungen Ihnen nicht in den Ohren klingen.

1. Neuenburg, den 13. Nov. 1910. Ich erkläre hierdurch, daß ich durch fortgesetzte Belästigungen und Bedrohungen durch 6-8 „frei“ organisierte Bauarbeiter gezwungen wurde, im Monat April gegen meine Ueberzeugung aus dem christlichen Verband auszutreten. Da mir der christliche Bauarbeiterverband, dem ich meiner Ueberzeugung nach angehöre, Schutz gegen fernere Belästigungen verspricht, so trete ich mit dem heutigen Tage wieder zum christlichen Verband über. **Faber Schmidt.**
2. Ich mußte übertreten, wenn ich weiterarbeiten wollte. Für den Weigerungsfall wurden mir Prügel angedroht. **Joseph Bauer.**
3. Es war mir unmöglich, länger zu arbeiten. Ich wurde so beschimpft, daß ich drei Tage nicht zur Arbeit ging, dann schließlich vorging, in den roten Verband überzutreten. **Joseph Pompe.**
4. Mir wurde mein Verbandsbuch zur Kontrolle abverlangt, das ich nicht wiedererhielt. Am dritten Tage brachte man mir ein rotes Mitgliedsbuch dafür. **Karl Kaller.**
5. Als ich heute morgen auf die Arbeitsstelle kam, fragte mich der rote Delegierte, ob ich gewillt wäre, in ihren Verband überzutreten. Als ich verneinte, wurde sofort beschloffen, die Arbeit einzustellen. Daraufhin entließ mich der Polier. **August Münch.**

Weiter lief noch kürzlich im Verbandsbureau folgender Brief ein: Mühlhausen, den 29. 1. 11. Zeile Ihnen hierdurch mit, daß ich durch die Verhältnisse gezwungen wurde, in den „freien“ Verband der Zimmerleute überzutreten. **H. F. z. z., Zimmermann.** So, Herr Voigt, das wird ja vorläufig genügen. Der Krug geht eben solange zu Wasser, bis er bricht. Köstlich ist auch seine Bemerkung: „Sorgen wir dafür, daß die christlich organisierten Arbeiter über ihre Organisation aufgeklärt werden“. Wie naiv Voigt werden kann, die reinste Unschuld vom Lande! Ich möchte ihm nur den Rat geben, seinen eigenen Mitgliedsbuch einmal Auffklärung zu geben über die Mißstände und die Zerissenheit innerhalb seiner Verbandsleitung in Mühlhausen, da ist wahrhaftig genug „aufzuklären“. Wie kam es denn, daß zwei Mühlhäuser Lokalbureaus „gegangen“ worden sind? Wegen alzu treuer Pflichterfüllung wahrscheinlich nicht. Hat also Voigt das Bedürfnis, „Aufklärung“ zu geben, so mag er in der eben bezeichneten Richtung den Anfang machen, die Wirkung kann nicht ausbleiben. Wahrscheinlich wird sie aber anders sein, als er erwartet hat, als er seinen „Genossen“ obigen Rat gab. Voigt beschäftigt sich auch mit einer unserer Versammlungen gleich nach der Aussperrung, in welcher ich das Referat hatte. Um sein schlechtes Gewissen zu verdecken, macht Voigt sich die Sache sehr bequem. Er zitierte nämlich den Schluß eines Berichtes, den die „Oberleit. Landeszeitung“ über mein Referat brachte. Laut diesem Bericht hätte ich im Schlusswort „die unsozialistische Handlungsweise der freien Verbände während des Kampfes gekennzeichnet und deren Führer scharf angegriffen, weil sie die Urheber jener Untaten seien“. Glaubte denn Voigt, wir ließen unsere Mitglieder in der gemeinsten Weise beschimpfen und bedrohen, ja, sogar tätlich mißhandeln, ohne daß wir uns wehrten? Mag Voigt seine Mitglieder zuerst einmal über die elementarsten Grundregeln des Begriffes „Brüderlichkeit“ etwas belehren, damit sie lernen, sich auch den Andersdenkenden gegenüber anständig zu benehmen. Dann werden derartige Versammlungen überflüssig werden, die uns wahrhaftig kein Vergnügen sind. Oder sollte Voigt während der letzten Aussperrung auf dem Monde gelebt haben, daß er sich so merkwürdig unwissend verhält? Würden nicht unsere Mitglieder in der Arbeit finden, von der Baustelle in

sozialdemokratische Streikbureau geschleppt, um sich umschreiben zu lassen? Suchte man nicht unsere italienischen Mitglieder sogar in ihren Wohnungen auf, um sie durch die gemeinsten Lügen und Verleumdungen, ja, sogar durch Androhung von Schlägen, zum Uebertritt zu bewegen? Ist Ihnen, Herr Voigt, nicht bekannt, daß unser stellvertretender Streikleiter, Kollege Glocker, als er ins rote Streikbureau ging, um da Erkundigungen einzuziehen, zu Boden geschlagen und in der schändlichsten Weise mißhandelt wurde? Auch ist Ihnen vielleicht nicht unbekannt, daß der Lokalbeamte Wolf in halb angetrunkenem Zustand sogar Mitglieder unserer Streikleitung mit allerhand Verächtlichkeiten unseres Verbandes zum Uebertritt veranlassen wollte. Gab man nicht an die Vertrauensleute und Baudelegierten letztes Frühjahr die Parole aus, die Christlichen solange zu bearbeiten, bis sie übertreten? Und angeht es nicht die christlichen Vorstände, die in der traurigen Mut, abzuleugnen, daß Terrorismussfälle vorgekommen seien! Und alles dieses konnte passieren während eines gemeinsam geführten Kampfes! Im Interesse der Bauarbeiter, um unsere Aktionsfähigkeit den Unternehmern gegenüber nicht zu erschüttern, haben wir während der Bewegung geschwiegen, aber dann haben wir gesagt, was uns unsere Selbsthaltung zu sagen gebot. Glaubte man uns denn schon vogelfrei? Glaubte man uns mit Füßen treten zu dürfen, ohne daß wir uns wehren sollten? Und nun auf Wiedersehen, Herr Voigt, wenn's beliebt!

(Anm. d. Red.: Daß Kollege Schmidt in den Versammlungen im Elsaß wie im „Grundstein“ steht gesagt haben soll: „Der gute Ausgang des diesjährigen Kampfes sei lediglich den Christlichen zu verdanken. Der Kampf sei schon so gut wie verloren gewesen, aber da seien die Christlichen an die bürgerliche Presse herangetreten, und ihrem Einfluß sei es zu verdanken, daß sich diese Presse dann auf die Seite der Aussperrten gestellt habe, und lediglich auf den Einfluß dieser Presse sei der Sieg zurückzuführen. Daraus gehe aber hervor, daß der Einfluß der christlichen Organisation viel größer sei, als der der freien sozialdemokratischen Verbände, und deshalb seien sich alle Arbeiter den christlichen Verbänden anzuwenden.“)

das glaubt Herr Voigt doch wohl selbst nicht. Entweder ist der Berichtler Voigt nicht fähig, Gesagtes richtig aufzufassen, oder er hat geschlafen, oder er sagt die Unwahrheit. Schmidt hat lediglich gesagt, daß durch den Einfluß der christlichen Gewerkschaften auf die bürgerliche Presse und auf die Mehrheit der bürgerlichen Gesellschaft, und der ist doch jedenfalls größer, als der der sozialdemokratischen, der Kampf zünftig beeinflusst worden sei. Daß infolgedessen der Einfluß der christlichen Gewerkschaften größer ist, wird doch niemand bestreiten können. Alles andere ist Unsinn.)

Papenburg. Am 12. Februar fand im Meherischen Saale unsere Generalversammlung statt, in welcher Bezirksleiter Kollege Müller einen längeren Vortrag über das Entstehen unseres Verbandes hielt. Er schilderte dessen Bekämpfung durch die sozialdemokratischen Verbände und durch die Unternehmer, und gab uns zum Schluß ein anschauliches Bild über die bis jetzt erzielten Erfolge. Die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei nur dann möglich, wenn sich sämtliche, oder doch der größte Teil der Bauarbeiter dem Verbands angegeschlossen hätten, was in Papenburg noch nicht der Fall sei. Redner forderte zur regen Agitation auf, worauf beschlossen wurde, Hausagitation abzuhalten. Dann folgte die Vorstandswahl. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender H. Meyer, als 2. J. Penger; als 1. Kassierer Joh. Peger, als 2. H. Panneken; als 1. Schriftführer Engelb. Pahl, als 2. Bernh. Grabe; als Revisoren Joh. Kee und Joh. Godmann. Darauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht, der ziemlich befriedigte.

Pöfen. Im „Grundstein“ Nr. 7 vom 18. Februar d. J. schreibt ein „Genosse“ in seinem Jahresbericht in der Rühmlichkeit seines Herzens — nicht über die Not der Pöfener Bauarbeiter, o nein, er schreibt über die bösen Christlichen. Und das Mittel zieht ja immer, wenn es gilt, seine eigene Unfähigkeit zu verdecken. Also dachte auch unser Mann im „Grundstein“, als er den Christlichen den Vorwurf machte, sie hätten durch das Hineinschleppen von auswärtigen Arbeitskräften eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes in Pöfen verursacht, und zwar soll dies auf besondere Wunsch der Unternehmer geschahen sein. Er schreibt wörtlich: „Nach der Aussperrung suchten die Unternehmer in stärkerem Maße Arbeitskräfte heranzuziehen. Selbst die Leitungen der Arbeiterorganisationen wurden er sucht, Arbeitskräfte heranzuschaffen.“ Das ist ja ganz nett und wird die Pöfener Bauarbeiter riesig interessieren. Also so steht die Sache! Wir für unsere Organisation können nur sagen, daß uns von einem derartigen Wunsche der Unternehmer nichts bekannt ist. So etwas traut man nur den „Genossen“ zu! Weiter sagt der famose Berichtler im „Grundstein“, daß der christliche Verband extra zwei Kollegen angestellt hätte, um Arbeitskräfte heranzuschaffen. Wahrscheinlich ist stets eine schwache Seite der sozialdemokratischen Verbandsleitung in Pöfen gewesen, aber dieses übersteigt denn doch alles Pöfenesene. Diefelbe weiß ganz genau, daß unser Bezirksleiter, Kollege Franz, gleich nach der Aussperrung krank war, und zwar sieben Wochen lang. Daß da eine Vertretung notwendig war, die die laufenden Geschäfte in Bezirk und Verwaltungsstelle erledigte, ist selbstverständlich, und daß hierzu zwei Kollegen nötig waren, wird jedem einleuchten, der weiß, wie sich nach der Aussperrung die Geschäfte anhäufen. Daß deren Erledigung für einen ortsfremden Kollegen schwieriger ist, wie für den, der länger am Ort ist, ist wohl auch jedem klar. Da hatten wir wahrhaftig keine Zeit, uns nach den Wünschen der Unternehmer zu richten, welche ja übrigens nur der sozialdemokratischen Leitung bekannt waren. Die Pöfener Bauarbeiter werden jetzt schon merken, wer bei dem Einschleppen von fremden Bauarbeitern die Hand im Spiele gehabt hat. Uns wundert nur, daß man uns noch nicht des Streikbruchs geziehen hat, weil wir sofort nach dem Dresdener Schiedspruch die Arbeit aufnahmen, während die „Genossen“ mit einem Wäckerbüchel 1 1/2 Tage weiterstreikten. Wie blamabel die Geschichte für die „Genossen“ wurde, kann man daraus ersehen, daß der vernünftige Teil ihrer Mitglieder, sogar einige Mitglieder der Streikkommission, zur Arbeit gingen. Aber das ist echte „Genossen“manier: Wenn die eigenen Fehler unbequem werden, dann begibt man sich ans Verächtlichen. Wir kennen die Absicht der „Genossen“leitung. Wir haben es nicht nötig, wie die „Genossen“ 1906, Fremde nach Pöfen zu ziehen, sie zu organisieren und dann in die Provinz abzuschicken, nur um da Mitglieder zu haben. Wir gehen in die Provinz und organisieren sie dort. Und dann, so fragen wir die „Genossen“leitung, war es vielleicht Schick der christlichen Bauarbeiter, daß man an der Pöfener Auslieferung fremde Zimmerleute, sogar von Busabest, nach hier holte, wo wegen des starken Frostes mancher Pöfener Zimmermann arbeitslos war? Zum Betreiben des Wintersportes läßt man diese Rolandbrüder in Schiffs und Zylinder doch wohl nicht nach Pöfen kommen? So konnte man am 13. Februar d. J. abends zwischen 7-8 Uhr einen Trupp von fünf Mann laufen sehen, die auf Befragen erklärten, sie hätten von ihren Kollegen einen Brief erhalten, sie sollten sofort nach hier kommen. Diese — es handelt sich um 8 Mann — seien schon 14 Tage hier am Arbeiten. Und daß bei 14 Grad Kälte viel Arbeit hier sei, wird wohl niemand behaupten wollen. Der polnische Zimmermann ist arbeitslos, während 13 Fremde ruhig arbeiten können. Jedenfalls wäre es Pflicht der sozialdemokratischen Verbandsleitung

Gewesen, diese Zugereisten über die augenblicklichen Arbeitsverhältnisse am Orte aufzuklären und dafür zu sorgen, daß zunächst der einheimische Arbeiter Beschäftigung erhält. Sollte sie von dieser Angelegenheit nichts wissen oder nichts wissen wollen, so sei ihr die Adresse dieser Zugereisten angegeben. Sie wohnen in Jersich, Kaiser-Wilhelm-Str. 10. Mit dem Besagten denken wir die saubere Arbeitsweise und Bedienungskunst der hiesigen sozialdemokratischen Verbandsleitung vorläufig genügend genutz gemacht zu haben. Die Posener Bauarbeiter wissen viel zu gut, wer sie schädigt. Also nächstens nur nicht so voreilig, wir kommen schon.

Neuß (Bezirk Rattow). Wie in allen Bezirken Deutschlands, so haben wir auch in unserem Orte am 26. Dezember eine Bahnhalle gegründet. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: als erster Vorsitzender Robert Kubel, als zweiter Franz Brieger; als erster Kassierer Julius Tringel, als zweiter Johann Kubel; als erster Schriftführer Johann Janeklo, als zweiter Anton Wella; als Revisoren Theodor Thomalla und Franz Pollat. Alle Kollegen nahmen ihre Posten an und versprachen, treu und pünktlich ihre Pflicht zu erfüllen.

Hollshausen. Am 17. Februar fand unsere erste Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal und Jahresbericht. 2. Festsetzung der Winterbeiträge. 3. Vorstandswahl. Nach Erstattung des Jahresberichts gab der Kassierer den Kassenericht, welcher von der Versammlung anerkannt wurde. Dem Kassierer wurde dann die beantragte Entlastung erteilt. Es wurde einstimmig beschlossen, einen Winterbeitrag von monatlich 20 Pf. zu zahlen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt: Erster Vorsitzender Karl Gührig, Schriftführer und Kassierer Andreas Vobe, Revisoren Ludwig Vobe und Julius Grube. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen zu eifriger Mitarbeit auf.

Necklinghausen. Am Sonntag, den 5. Februar, fand die Ausschussung der Verwaltungsstelle Necklinghausen für das 4. Quartal 1910 statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Kollege Weinholz den seit dem 1. Februar hier als Lokalbeamten angestellten Kollegen Bach und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm gelingen möge, Vieles und Gutes für unsere Organisation zu leisten. Kollege Bach hielt dann einen instruktiven Jahresrückblick. Redner streifte zunächst den Kampf, seine Vorgeschichte, sein Ende und seine Folgen. Kämpfe, so führte Redner aus, sind im Interesse der Allgemeinheit zu bebauen. Kämpfe sind, wenn sie aus Motiven entspringen, wie der vorjährige Kampf, unverantwortlich. Aber leider war die Unverantwortlichkeit nicht allein bei den Scharmachern im Baugewerbe zu finden, sondern auch bei einem großen Teil unserer Mitglieder. Die Unverantwortlichkeit vieler Kollegen bestand darin, daß sie erstens nicht an die Möglichkeit eines Kampfes (trotz der Mahnungen) glaubten, bis er zur Tatsache geworden; zweitens mangelhafte Zahlung der Zuschlagsbeiträge und drittens, ohne die Kampfesstellung und den Erfolg des Kampfes sich anzusehen, wurde alles recht wegworfend kritisiert. Heute herrscht unter den Kollegen eine andere Meinung. Eingehend erörtert Redner die Fluktuation innerhalb des Verbandes. Die Fluktuation, so führte Redner aus, werden wir niemals gänzlich beseitigen. Man kann auch nicht ohne weiteres sagen, an der heutigen Fluktuation ist nur die mangelhafte Mitarbeit der Kollegen schuld, oder nur die Beamten. Die Schuld dürfte auf beiden Seiten liegen, und zwar so: auf der einen Seite ist zwar ein eifriger Beamter, der besorgt die Geschäftsführung, der macht die ganze Bauteilung usw., aber er findet keine Mitarbeiter. Was nützt nun dem Beamten das Laufen auf die Bauten, wenn die Kollegen auf der Baustelle sich selbst um nichts kümmern? Nichts! Und warum kümmern man sich so wenig seitens der Kollegen? Weil es an Verantwortlichkeitsgefühl fehlt gegenüber der Organisation. Andererseits würde vielleicht mancher Kollege mitarbeiten, wenn er nur die richtige Anleitung dazu erhielte. Daher muß in Zukunft zwischen den Mitgliedern und den Freigestellten besser Hand in Hand gearbeitet werden. Redner behandelte dann das Verhalten der „Genossen“ und ihrer Preise uns gegenüber, sowie die Vorgänge im Arbeitgeberlager, ferner die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahre, sowie den Aufschwung der christlichen Gewerkschaften. Wenn unser Verband auch im letzten Jahre keinen Fortschritt zu verzeichnen hätte, so berechtigen aber alle Anzeichen zu der Annahme, daß das Verstumme in diesem Jahre nachgeholt wird. In den Vorstand der Verwaltungsstelle wurden gewählt: Jos. Sauerbier als erster, A. Gies als zweiter Vorsitzender; Jos. Bach als erster, Joh. Sommer als zweiter Kassierer; Jos. Marx als erster, Fern. Beumer als zweiter Schriftführer; als Revisoren die Kollegen Wiederhold und Fassbender. Beschlossen wurde folgendes: Es sind sofort alle Kollegen, welche mit der Zahlung der Zuschlagsbeiträge im Rückstand sind, festzusetzen. Diese Kollegen sind bis spätestens Ende März oder Anfang April durch Hausagitation zu besuchen. Agitationsmaterial geht den Bahnhallen dafür noch zu. Ferner sollen die Bahnhallen dem Kollegen Bach mitteilen, ob sie in der Lage sind, ihre Versammlungen in der Woche abzuhalten, wenn nicht, ob Samstag oder Sonntag, damit eine Einteilung getroffen werden kann, daß nicht die Versammlungen alle oder größtenteils zusammenfallen. In der über die einzelnen Punkte statigenden Diskussion wurde auch seitens der Delegierten, sowie des Kollegen Koch, manches anregende Wort gesprochen. Hoffen wir nun, daß das Gesagte in die Tat umgesetzt wird und wir am Jahreschluß von erfreulichem Fortschritt berichten können.

Schawotte. Am 15. Januar fand im Lokale des Herrn Stephan unsere diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über gewerkschaftliche Kleinarbeit. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Kollege P. Haase führte in klaren Worten an, wie die Kleinarbeit betrieben werden muß. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Vorsitzender August Haase, Kassierer Josef Lustig, Schriftführer Fritz Koder. Die Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, voll und ganz für unsere Bewegung einzutreten. Es wurde beschlossen, die Mitgliederversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat abzuhalten. Einen genauen Jahresbericht können wir nicht geben, weil der alte Vorstand die Buchführung vernachlässigt hat. Wir setzen das Vertrauen in den neuen Vorstand, daß es jetzt besser wird. Es ist aber auch Pflicht eines jeden Kollegen, mitzuarbeiten.

Schönlante. Auf unserer diesjährigen Generalversammlung fand am 2. Januar die Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag des Kollegen Müller-Danzig, 4. Verschiedenes. Der Kassierer verlas den Kassenericht, welcher bei der Prüfung für richtig befunden wurde und deshalb Entlastung erteilt werden konnte. Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche bisherige Mitglieder wiedergewählt. Der Kollege Müller-Danzig ging näher auf den Stand der Bahnhalle ein und bemängelte, daß das Interesse der Kollegen etwas gesunken sei, er hoffe aber, daß die Mitglieder in der Agitation nie erlahmen werden. Unter „Verschiedenes“ wurde darauf hingewiesen, daß die „Noten“ beachtlichen, hier eine Bahnhalle zu gründen. Kollegen von Schönlante, an euch liegt es, dieses Vorhaben zu verhandeln. Die Parole muß sein: Hausagitation, damit der Segen der Rührboden entzogen wird.

Schneidemühl. Die Tagesordnung unserer Generalversammlung am 2. Januar lautete: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Kollege August Freyer gab den Jahresbericht, welcher als ein eindrucksvolles Bild bezeichnet werden kann. Die Einnahmen betragen für die Zentralkasse 1611,36 Mark und 509,98 M für die Lokalkasse. Die Ausgaben für die Zentralkasse betragen 50 M, die der Lokalkasse 326,50 M, mithin bleibt ein Bestand in der Lokalkasse von 183,18 M. Die Mit-

gliederzahl hat sich gegen das Vorjahr verdoppelt und beträgt 127. Es fanden 22 Mitglieder, 2 öffentliche und eine Volksversammlung statt. In 11 Versammlungen wurden von der Bezirksleitung Vorträge gehalten. Ausgespart waren 50 Kollegen, die übrigen standen in Arbeit, welche auch pünktlich ihre Extrabeiträge entrichtet haben. In den Vorstand wurden gewählt: die Kollegen Anton Kaas als 1., August Jahn als 2. Vorsitzender; Felix Mohr als 1., Johannes Pribe als 2. Schriftführer; Stephan Freyer als Kassierer, Michael Wätcher, Paul Wätcher und Franz Endert als Revisoren; Johann Fuhrmann und Franz Binz als Hauskassierer. Nach Erledigung des Punktes „Verschiedenes“ wurde die Versammlung geschlossen.

Wilsbiburg. Unsere diesjährige Generalversammlung, zu der Kollege Brüdner aus München erschienen war, wurde bei starker Beteiligung im Vereinslokale Schöngeller abgehalten. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht, 2. Kassenericht, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Verschiedenes. Der Kollege Bernack gab in seinem Jahresbericht einen kurzen Überblick über die wichtigsten Ereignisse des verfloffenen Jahres. Er wies auf die Ausprägung hin und ersuchte die Kollegen, an dem Ausbau des Verbandes mit tätig zu sein, damit der Arbeiterverband uns 1913 ebenfalls wieder gerüstet findet. Den Kassenericht gab Kollege Bergmann bekannt, welcher von den Revisoren als richtig befunden wurde. Nach einer kurzen Diskussion über beide Berichte schritt man zur Vorstandswahl. Es wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Kollege Joseph Meier als erster, Kollege Bartolomäus als zweiter Vorsitzender; Kollege Bergmann als erster, Kollege Mathias als zweiter Kassierer; Kollege Granch als erster, Kollege Nieger als zweiter Schriftführer. In den Ausschuss wurden gewählt die Kollegen Kott, Bernhard, Neumann und Sabath. Zu Hauskassierern die Kollegen Witterhuber und Bernhart. Revisoren die Kollegen Stein und Granch. Die Kollegen nahmen alle die Wahl an. Kollege Brüdner erwähnte den neugewählten Vorstand zu eifriger Agitation, wies auf die Unterschiede der einzelnen Organisationen hin und forderte zum Schluß sämtliche Kollegen auf, treu zur Fahne der christlichen Gewerkschaften zu halten.

Wienheim. Am Sonntag, den 5. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Verschiedenes. Der Jahresbericht wurde verlesen, die Mitglieder machten keine Einwendungen, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt werden konnte. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Kollege Mandel als erster, Peter als zweiter Vorsitzender; Seittig als Kassierer; Nikolaus als erster, Winkler als zweiter Schriftführer; Lang und Schmidt als Revisoren. Unter „Verschiedenes“ wurde das Protokoll der letzten Vorstandssitzung verlesen und genehmigt.

Warburg. Zu unserer diesjährigen Generalversammlung war Kollege Werner als Referent erschienen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Rechnungslegung, 3. Vorstandswahl, 4. Vortrag, 5. Verschiedenes. Es wurden im verfloffenen Jahre 10 Versammlungen und 5 Vorstandssitzungen abgehalten. Die Versammlungen wurden durchschnittlich schlecht besucht. Der bestehende Tarif war im vergangenen Frühjahr abgelassen, wir haben aber wegen der drohenden Gefahr im Baugewerbe die Einreichung des neuen Tarifs unterlassen, um das Kampffeld nicht noch größer zu machen. Wir arbeiteten deshalb das letzte Jahr ohne Tarif. Von den Unternehmern wurden uns keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Trotzdem die Arbeitgeber nicht beim Bunde waren, wagten es zwei, die Aussperrung mitzumachen. Einer von denselben wurde beim Kollegen Walbeher vorstellig, frag denselben, wie es denn wäre, ob wir die Arbeit nicht wollten niederlegen lassen, er stände jetzt da und wüßte nicht, was er anfangen sollte. Sonst wären wir immer zur Stelle, jetzt lieben wir uns nicht sehen und hören. Der tat die Mobilisierungsbefehle bei den Arbeitern suchen. Warum? Weil er von dem Arbeitgeberbund keinen blauen Schimmer hatte. Kollege Walbeher machte ihn darauf aufmerksam, daß er gar nicht dem Bunde angehört. Er wollte seinen Hals dagegen setzen, daß er beim Bunde sei, und doch war es nicht so. Zugereist waren von den ausgesperrten Kollegen 22. Sämtliche erhielten von hier ihre Unternehmung. Außerdem wurde im Frühjahr in Daseburg ein Tarif eingereicht. Die Unternehmer hielten es nicht für nötig, uns zu antworten. Es wurde darauf gleich eine Versammlung anberaumt, auf der beschlossen wurde, persönlich vorzugehen. Kollege Walbeher wurde nebst einer Lokalkommission bei den Unternehmern vorstellig, sie ließen sich aber auf nichts ein. Es wäre uns nun nichts anderes übrig geblieben, als in den Streik zu treten. Dies mußten wir aber leider unterlassen, wegen der großen Aussperrung. Am 3. Januar wurde eine neue Forderung den Unternehmern in Warburg zugesandt. Dieselbe lautete: für das erste Jahr 42 Pf., für das kommende Jahr 45 Pf., für Hilfsarbeiter 32 und 35 Pf. Die Antwort wird am 1. März erwartet. Nur gingen wir zu Punkt 2 der Tagesordnung. Hier nahm Kollege Jacob das Wort und teilte mit, daß durch den Marktenverkauf im vergangenen Jahre eingenommen wurden 1588,80 M, hieron wurden nach Berlin 1250,48 M gesandt, während für die Lokalkasse 238,20 M verblieben. Aus Zuschlagsbeiträgen wurden 702 M erzielt. Während der Aussperrung wurden aus der Lokalkasse 100 M der Hauptkasse überwiesen. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Nun kam man zur Vorstandswahl. Es wurden wiedergewählt: Kollege Walbeher als 1. Vorsitzender, Kollege Jacob als 1. Kassierer, Kollege Müller als 2. Kassierer. Neugewählt wurden: Kollege Karl Braun als 1. Vorsitzender, Kollege Heinrich Wendes als 1. Schriftführer, Kollege Karl Brenke als 2. Schriftführer. Als Hauskassierer wurden die Kollegen Heinrich Stollte, Johannes Krefeld, Jos. Meier, Fern. Wenne, Johannes Hoppe, Karl Brenke und Ferdinand Blönte gewählt; als Revisoren Alois Gütthof und Jos. Höpfermann. Hierauf dankte Kollege Werner zunächst dem Vorstand für seine Bemühungen und legte allen Kollegen ans Herz, mit dem Vorstand Hand in Hand zu arbeiten, damit wir auch im kommenden Jahre die glänzenden Erfolge aufzuweisen hätten, wie bisher. Ferner erläuterte Kollege Werner die jetzige Lage im Baugewerbe. Ganz besonders beleuchtete er den Verlauf und Erfolg der großen Bewegung. Die Kollegen dankten ihm durch großen Beifall. Nun, Kollegen von Warburg und Umgebung, steht treu zur Fahne und besucht die Versammlungen besser wie bisher. Nur ein geschultes Heer kann Siege erringen.

Wiesenberg. Am 10. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Friedrich Gahmann, als 1. Kassierer Heinrich Guismann, Schriftführer Georg Bill, Hauskassierer Jos. Ohagen, Verwaltungsstellenbelegter Gahmann, Kartellbelegter Drüll und Bill. Bezirksleiter Kollege Koch erstattete alsdann Bericht über die stattgefundenen Sitzungen am Einigungsamt fürs Plattengewerbe. Nach anregenden Worten an den neuen Vorstand wurde die Versammlung vom Kollegen Hof geschlossen.

Wiesenberg. Am 10. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Friedrich Gahmann, als 1. Kassierer Heinrich Guismann, Schriftführer Georg Bill, Hauskassierer Jos. Ohagen, Verwaltungsstellenbelegter Gahmann, Kartellbelegter Drüll und Bill. Bezirksleiter Kollege Koch erstattete alsdann Bericht über die stattgefundenen Sitzungen am Einigungsamt fürs Plattengewerbe. Nach anregenden Worten an den neuen Vorstand wurde die Versammlung vom Kollegen Hof geschlossen.

Zahl des Deutschen Reiches 64 896 881 Personen (gegen 60 641 488 am 1. Dezember 1905 und 56 367 178 am 1. Dezember 1900), und zwar 32 029 890 männliche, 32 866 991 weibliche. Davon entfielen auf:

	am 1. Dez. 1910	am 1. Dez. 1905
Preußen	40 156 791	37 293 324
Bayern	6 876 497	6 524 372
Sachsen	4 802 485	4 508 601
Württemberg	2 435 611	2 302 179
Baden	2 141 832	2 010 728
Hessen	1 282 219	1 209 175
Wiedenburg-Schwerin	639 879	625 045
Sachsen-Weimar	417 166	388 095
Wiedenburg-Strelitz	108 347	103 451
Oldenburg	492 430	438 856
Drauschweig	494 387	485 956
Sachsen-Meiningen	278 792	268 916
Sachsen-Altenburg	216 313	206 508
Sachsen-Noburg-Gotha	257 208	242 432
Anhalt	331 047	328 029
Schwarzburg-Sondershausen	89 984	85 152
Schwarzburg-Rudolstadt	100 712	96 835
Waldeck	61 723	59 127
Neuß a. S.	72 618	70 603
Neuß i. S.	152 785	144 584
Schaumburg-Lippe	46 650	44 992
Lippe	150 749	145 577
Rübel	116 533	105 857
Bremen	298 736	263 440
Hamburg	1 015 707	874 878
Schleswig-Holstein	1 871 702	1 814 564

Soziale Rechtsprechung.

Eine wichtige Entscheidung fällt, so entnehmen wir dem Braunschweiger „Neuesten Nachrichten“, das Herzogl. Landgericht ergangenes Urteil. Ein Braunschweiger Maurermeister beauftragt, den Zinneputz in einem neuerbauten großen Achtfamilien-Wohnhause im Afford herzustellen. Als die Arbeitsausführung beginnen sollte, war die Aussperrungsanordnung erfolgt, und der Maurermeister erklärte den Leuten, mit der Arbeitsausführung könne nicht begonnen werden, da er als Mitglied des Arbeiterverbandes für das Baugewerbe auf Grund der von diesem Verbands mit den Baumaterialienhändlern getroffenen Vereinbarungen kein Material geliefert erhalte, um organisierte Gesellen beschäftigen zu können. Zwei zu der Baukolonne gehörige Gesellen klagten den Afford vor ein, den sie bei Ausführung des Vertrages erzielt haben würden, und zwar im Betrage von je 240 M. Vom Schiedsgericht der Baugewerkschaft wurde die Klage abgewiesen, während vom Braunschweiger Amtsgerichte der Beklagte zur Zahlung der von den Klägern beanspruchten Beträge verurteilt worden ist. Dieses Urteil ist jetzt vom Herzogl. Landgerichte bestätigt worden.

Briefkasten.

An die Schriftführer. Von der Bahnhalle Usch wird um die Wichtigstellung mitgeteilt:

Unser Vorsitzender heißt Stöber und nicht Wöber, der Kassierer Korzuskiewicz und nicht Korzuskowicz, der zweite Schriftführer Chmielnit und nicht Chmielnit, die Kassenervisoren Wiczorek und nicht Wiczonet, Korzuskiewicz und nicht Korzuskinnig. Solche Nichtigkeiten ergeben sich aus dem unbedeutlichen Schreiben, so daß es weder der Redaktion noch dem Seher möglich ist, einzelne Wörter zu entziffern. Sie gleichen wirklichen Hieroglyphen (ägyptische Bilderschrift). Die Schriftführer sollen daher schon aus Mitleid für den armen Seher möglichst deutlich schreiben, vor allem Namen. Auch nicht so eng zusammenschreiben, das Papier ist doch heute nicht so teuer. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden, ein zweifachbreiter Raum muß seitlich frei bleiben, möglichst klar und deutlich schreiben, nicht zu eng zusammen, kein Wort kürzen, sondern alle vollständig ausschreiben und sich möglicher Kürze befleißigen. Das sollen die Tugenden eines Schriftführers sein.

Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 214 794, lautend auf Peter Glodner von der Bahnhalle Oberhausen (Mhd.).

Achtung! Verwaltungsstelle Dortmund. Achtung! Wir weisen die Mitglieder darauf hin, daß alle Anfragen, Mitteilungen usw., soweit sie die Agitation innerhalb des Verwaltungsbereiches betreffen, an den Kollegen Heinrich Petri zu richten sind, alle Kassenerangelegenheiten dagegen an den Kollegen Wilhelm Euler. Der Verwaltungsstellen-Vorstand. J. A. W. Euler, Dortmund, Westerblichstraße 67.

Versammlungskalender.

Winden-Dahlhausen. Sonntag, den 5. März, vormittags 11 Uhr, Generalversammlung bei Th. Scheidmann. Vollzähliges Erscheinen nötig.

Sterbetafel.

Am 16. Februar starb unser lieber Kollege Johannes Wolpers, Maurer, im Alter von 30 Jahren, drei Wochen nach seiner Verheiratung. Bahnhalle Worsum. Am 17. Februar starb unser lieber Kollege, der Maurer Johann Schneider nach langer schwerer Krankheit, welche er sich durch einen Unfall zugezogen hatte. Verwaltungsstelle Posen. Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Verwaltungsstelle Fulda. Am 12. März, nachmittags 2 Uhr, findet in der Harmonie in Fulda unsere Generalversammlung statt. (2,70) Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Geschäftliches. Alle Kollegen werden dringend dazu eingeladen. Zahlstellen senden Delegierte. (Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt) Der Vorstand. J. A. B. Stahl.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches. Nach dem vorläufigen Ergebnis betrug am 1. Dezember 1910 die Einwohner-